

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

ZU:

Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - Drucksache 7/4212 vom 15.09.2021

und

Einzelplan 07 - Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

- 2. Lesung -

Berichterstatterin:

Abgeordnete Marianne Spring-Räumschüssel (AfD)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Entwurf des Einzelplanes 07 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in 2. Lesung annehmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag hatte den Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - (Drucksache 7/4212) in seiner 51. Sitzung am 29. September 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und zur Mitberatung an alle Fachausschüsse überwiesen.

B. Beratung des Fachausschusses

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz befasste sich in seiner 51. Sitzung am 6. Oktober 2021 und abschließend in seiner 52. Sitzung am 3. November 2021 mit dem Entwurf des Einzelplanes 07 und empfahl dessen Annahme in der Fassung seiner Beschlüsse.

C. Abschließende Beratung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen behandelte den Entwurf des Einzelplanes 07 in seiner 40. Sitzung am 24. November 2021. An der Beratung nahmen unter anderem die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz, die Ministerin der Finanzen und für Europa sowie der Präsident des Landesrechnungshofes teil.

Zur Beratung bzw. Entscheidung lagen dem Ausschuss folgende Unterlagen vor:

- die Stellungnahme des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz,
- 1 gemeinsamer Änderungsantrag von Ausschussmitgliedern aus der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE und der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion,
- 16 gemeinsame Änderungsanträge von Ausschussmitgliedern aus der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (davon fünf die im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz nicht behandelt worden sind),
- 14 Änderungsanträge der Ausschussmitglieder aus der AfD-Fraktion,
- 13 Änderungsanträge des Ausschussmitglieds aus der Fraktion DIE LINKE und
- 6 Änderungsanträge des Ausschussmitglieds der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion.

Die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz führte zu den Eckpunkten des Einzelplanes 07 aus. Sie hob hervor, dass die Ausgaben im Einzelplan maßgeblich durch gesetzliche Pflichtaufgaben, insbesondere die Sozialhilfe und den Maßregelvollzug, sowie für verpflichtende Ausgaben wie die Nationale Impfstrategie und die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest geprägt seien. Nur 4,2 Prozent der Gesamtausgaben (Personalausgaben ausgenommen) hätten für die Konsolidierungsziele herangezogen werden können.

Die Ausschussmitglieder aus der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE und der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion haben die erfolgte Abstimmung zwischen den Koalitionsfraktionen und Teilen der Opposition zur Rücknahme der Mittelkürzungen zum Aktionsplan Queeres Brandenburg positiv hervorgehoben.

Die von den Ausschussmitgliedern der AfD-Fraktion eingebrachten Änderungsanträge sahen zusätzliche Ausgaben für verschiedene Haushaltsstellen vor. Betont wurden die beantragten zusätzlichen Mittel für die Landärzteförderung und für eine Baby-Willkommensbox.

Die von dem Ausschussmitglied der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Änderungsanträge zielten auf zusätzliche Ausgaben unter anderem für Investitionen von Krankenhäusern und gleichgestellten Einrichtungen sowie auf die Rücknahme der Haushaltskürzungen bei den Schulgesundheitsfachkräften.

Ebenfalls die Rücknahme von Haushaltskürzungen bei den Schulgesundheitsfachkräften hatte ein Änderungsantrag des Ausschussmitglieds der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion zum Gegenstand. Neben weiteren Änderungsanträgen für zusätzliche Mittel wurden insbesondere Mehrausgaben beim Pakt für Pflege I und II beantragt.

Die Änderungsanträge der Ausschussmitglieder aus den Oppositionsfraktionen fanden keine Zustimmung.

Der gemeinsame Änderungsantrag von Ausschussmitgliedern aus der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE und der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion wurde mehrheitlich angenommen.

Die gemeinsamen Änderungsanträge von Ausschussmitgliedern aus den Koalitionsfraktionen wurden ausnahmslos angenommen, elf von ihnen einstimmig.

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt dem Landtag daher im Wesentlichen:

- die Rücknahme der veranschlagten Kürzungen bei verschiedenen Beauftragten des Landes/der Landesregierung (Integrationsbeauftragte, Beauftragte für die Belange der Menschen mit Behinderungen, Beauftragte für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Seniorenbeauftragter),
- die Rücknahme der veranschlagten Kürzungen bei der Umsetzung und Begleitung des behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes, der Förderung von Frauen und Familie, beim gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm sowie bei der Schuldnerberatungsstelle im Rahmen der Insolvenzordnung,
- eine Erhöhung der Zuschüsse sowie die Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung für die Verbraucherzentrale Brandenburg e. V.,
- das Ausbringen einer Globalen Minderausgabe im Einzelplan 07 zur Deckung der bis hierhin gelisteten Mehrausgaben,
- die Fortführung von Stipendien im Rahmen des Landärzteförderprogramms,
- zusätzliche Mittel für die Onlineglückspielsuchtberatung sowie
- zusätzliche Mittel zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (z. B. Wildschutzzäune).

Mit seinen Voten zu den einzelnen Änderungsanträgen bestätigte der Ausschuss für Haushalt und Finanzen die Abstimmungen des mitberatenden Ausschusses, ergänzt um die Annahme der Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen, die dem mitberatenden Ausschuss noch nicht vorgelegen hatten.

In der Schlussabstimmung beschloss der Ausschuss für Haushalt und Finanzen mit sechs Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen, dem Landtag den Entwurf des Einzelplanes 07 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zur Annahme in 2. Lesung zu empfehlen.

Die Einzelheiten des Beratungsergebnisses (Veränderungsnachweis) sind aus der beige-fügten Anlage 1 zu ersehen. Eine Übersicht aller vorliegenden Änderungsanträge, einschließlich der einzelnen Abstimmungsergebnisse, kann Anlage 2 entnommen werden.

Anlagen

- Anlage 1: Veränderungsnachweis
- Anlage 2: Übersicht Änderungsanträge
- Anlage 3: Angenommene Änderungsanträge
- Anlage 4: Abgelehnte Änderungsanträge
- Anlage 5: Stellungnahme des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (ohne Anlagen)

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes
des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022
(Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022),
Drucksache 7/4212**

Gesamtübersicht

Einzelplan 07

**Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und
Verbraucherschutz**

Beträge in Euro			
	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
Gesamteinnahmen	246.082.600	--	246.082.600
Gesamtausgaben	1.408.580.700	<u>+32.688.800</u>	<u>1.441.269.500</u>
Verpflichtungs- ermächtigungen	52.627.200	<u>+4.998.000</u>	<u>57.625.200</u>
Stellen	1.192	--	1.192

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	---	---------------------------

07 010 **Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration
und Verbraucherschutz**

(S. 26) TGr. 70 Integrationsbeauftragte, Integrationsbeauf-
tragter des Landes Brandenburg

684 70 (S. 27)	Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger	1.274.500	<u>+87.200</u>	<u>1.361.700</u>
--------------------------	---	-----------	----------------	------------------

(S. 30) TGr. 80 Beauftragte, Beauftragter der Landesregie-
rung für die Belange der Menschen mit Behinderun-
gen (BLMB)

684 80 (S. 30)	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale Einrich- tungen	83.100	<u>+9.200</u>	<u>92.300</u>
--------------------------	---	--------	---------------	---------------

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	---	---------------------------

Erläuterungen (Änderung):

Die Mittel sind vorgesehen zur Förderung von Selbstbestimmtheit und Partizipation von Menschen mit Behinderungen.

Alle Maßnahmen sind zugänglich und nutzbar für Geflüchtete mit Behinderungen zu gestalten.

Unterstützungsleistungen für die Integration von Flüchtlingen mit Behinderungen nach der UN-Behindertenrechtskonvention.

Weniger in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022.

(S. 31) TGr. 90 Landesbeauftragte für die Gleichstellung von Frauen und Männern (LGBA)

684 90	<u>Zuschüsse</u> für laufende Zwecke an freie Träger	121.500	<u>+13.500</u>	<u>135.000</u>
---------------	--	---------	----------------	----------------

(S. 32)

Erläuterungen (Änderung):

Die Mittel sind vorgesehen für Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen im Bereich der gleichstellungspolitischen und frauenpolitischen Arbeit, der Mädchenarbeit, der Prävention von Gewalt gegen Frauen, sofern sie die spezifischen Arbeitsbereiche der LGBA betreffen oder landesweit Wirkung entfalten und über das in den Fachbereichen Verortete hinausgehen. 60.000 EUR sind für die Förderung der Brandenburgischen Frauenwoche vorgesehen.

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
<u>Weniger in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022:</u>				

(S. 33) TGr. 95 Landesseniorenbeauftragte/Landessenio-
renbeauftragter

684 95 (S 34)	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähn- liche Einrichtungen	192.400	<u>+21.400</u>	<u>213.800</u>
-------------------------	--	---------	----------------	----------------

07 020 Allgemeine Bewilligungen

(S. 43) HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

<u>972 10 (neu)</u> <u>881</u> (S. 43)	<u>Globale Minderausgabe</u>	==	<u>-610.800</u>	<u>-610.800</u>
---	------------------------------	----	-----------------	-----------------

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	---	---------------------------

(S. 44) TGr. 73 Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds

(S. 45)

Erläuterungen (Änderung):

Das Sondervermögen Zukunftsinvestitionsfonds dient der Finanzierung landespolitisch strategisch bedeutender investiver Projekte in den Bereichen Regionalentwicklung, Klimaschutz, moderne Infrastruktur, Digitalisierung und Innovationen. Weitere aus dem Sondervermögen finanzierte Investitionsprojekte sind in anderen Einzelplänen veranschlagt.

lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme	Gesamtausgaben- volumen (EUR)	Davon in 2021 veranschlagt (EUR)	Davon in 2022 veranschlagt (EUR)	vorgesehen in den Folgejahren (EUR)
1	Landesmittel zur Kofinanzierung der Bundesmittel zum Krankenhausstrukturfonds II	<u>40.000.000</u>	15.000.000	5.000.000	20.000.000
2	Investitionsprogramm Zukunft Pflege (Kurzzeit- und Tagespflege)	20.000.000	5.000.000	5.000.000	10.000.000
3	“SBAsmart“ der digitale Schwerbehindertenausweis	125.000	105.000	20.000	0
Summe		<u>60.125.000</u>	20.105.000	10.020.000	30.000.000

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	---	---------------------------

07 040 **Gesundheit**

(S. 49)

(S. 59) TGr. 70 Landärzte-Förderprogramm

686 70 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland

(S. 59)

1.670.000

+570.000

2.240.000

Verpflichtungsermächtigungen (neu):

2022

2022

2022

EUR

EUR

EUR

Betrag

==

+4.830.000

+4.830.000

davon fällig:

2023 bis zu

+840.000

+840.000

2024 bis zu

+840.000

+840.000

2025 bis zu

+840.000

+840.000

2026 ff. bis zu

+2.310.000

+2.310.000

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	---	---------------------------

(S. 59) TGr. 80 Gesundheitliche Prävention, Versorgung
und Rehabilitation

894 80 (S. 61)	Zuschüsse für Investitionen für das klinische Krebs- register im Land Brandenburg	100.000	--	100.000
--------------------------	--	---------	----	---------

Erläuterungen (Änderung):

Investitionsbedarf für Auf-, Um- und Ausbau des gemeinsamen klinischen Krebsregisters Berlin-Brandenburg.
Weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Investitionsbedarf.

(S. 66) TGr. 87 Spielsuchtforschung und -prävention

684 87 (S. 66)	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähn- liche Einrichtungen	100.900	<u>+78.800</u>	<u>179.700</u>
--------------------------	--	---------	----------------	----------------

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	---	---------------------------

Verpflichtungsermächtigungen (neu):

	<u>2022</u>	<u>2022</u>	<u>2022</u>
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Betrag:</u>	=	<u>+68.000</u>	<u>68.000</u>
<u>davon fällig:</u>			
<u>2023 bis zu:</u>		<u>+68.000</u>	<u>68.000</u>
<u>2024 bis zu:</u>			
<u>2025 bis zu:</u>			
<u>2026 ff. bis zu:</u>			

07 070 Förderung der Sozialstruktur

(S. 90)

(S. 103) TGr. 92 Behindertenpolitisches Maßnahmenpaket

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	---	---------------------------

684 92 (S. 103)	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	88.800	<u>+11.200</u>	<u>100.000</u>
---------------------------	---	--------	----------------	----------------

Erläuterungen (Änderung):

Die Mittel werden für die Umsetzung und Begleitung des behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes eingesetzt.

Schwerpunkte bei der Umsetzung bilden:

- Bewusstseinsbildung für eine inklusive Gesellschaft
- Förderung der aktiven, gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft
- Partizipation von Menschen mit Behinderung
- Stärkung von inklusiven Sozialräumen

Weniger in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022.

07 080 Frauenförderung, Gleichstellung, Familie

(S. 112) TGr. 65 Förderung von Frauen und Familie

684 65 (S. 114)	Zuschüsse an freie Träger	2.104.400	<u>+148.200</u>	<u>2.252.600</u>
---------------------------	----------------------------------	-----------	-----------------	------------------

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	---	---------------------------

(S. 117) TGr. 80 Aktionsplan für Akzeptanz von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, für Selbstbestimmung und gegen Homo- und Transphobie in Brandenburg (Aktionsplan Queeres Brandenburg)

684 80	Zuschüsse an freie Träger für laufende Zwecke	114.700	+109.700	<u>224.400</u>
---------------	--	---------	----------	----------------

(S. 117)

Erläuterungen (Änderung):

Die im Haushaltsjahr 2021 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen. Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von Personal- und Sachkosten von Projekten im Rahmen des Aktionsplans.

~~Weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf sowie in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022.~~

(S. 118) TGr. 90 Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm

684 90	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	235.300	+29.700	<u>265.000</u>
---------------	--	---------	---------	----------------

(S. 118)

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	---	---------------------------

Erläuterungen (Änderung):

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von Maßnahmen:

- zum Abbau von traditionellen Geschlechterrollen
- zur landesweiten Implementierung von Gender-Mainstreaming
- zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen
- zur Beseitigung der Entgeltungleichheit
- zur Arbeit im Gewaltschutzbereich sowie
- zur Unterstützung der frauen- und gleichstellungspolitischen Akteure im Land Brandenburg sowie
- zur Unterstützung und Verstetigung der Öffentlichkeitsarbeit über Informations- und Beratungsangebote für Frauen und Mädchen im Land sowie der Vernetzung der frauen- und gleichstellungspolitischen Strukturen
- zur Stärkung der Arbeit der Frauenzentren
(Projektförderungen)

Weniger in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022:

(S. 119) TGr. 95 Schuldnerberatungsstellen im Rahmen der
Insolvenzordnung

684 95	Zuschüsse an freie Träger für laufende Zwecke	1.580.400	<u>+80.700</u>	<u>1.661.100</u>
(S. 119)				

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	---	---------------------------

07 100 **Verbraucherschutz**
(S. 131)

(S. 134) HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse
mit Ausnahme für Investitionen

684 12 (S. 135)	Zuschüsse an die Verbraucherzentrale Brandenburg e.V.	2.191.900	<u>+100.000</u>	<u>+2.291.900</u>
---------------------------	---	-----------	-----------------	-------------------

Verpflichtungsermächtigungen (Änderung):

	2022	2022	2022
	EUR	EUR	EUR
Betrag:	2.191.900	<u>+100.000</u>	<u>2.291.900</u>
davon fällig:			
2023 bis zu:	2.191.900	<u>+100.000</u>	<u>2.291.900</u>
2024 bis zu:			
2025 bis zu:			
2026 ff. bis zu:			

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	---	---------------------------

Erläuterungen (Änderung):

Anlage zu Kapitel 07 100

Wirtschaftsplan der Verbraucher-Zentrale Brandenburg e.V.

Ktn. Grp.	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2020 - EUR -	Ansatz 2021 - EUR -	Ansatz 2022 - EUR -
1	2	3	4	5	6
Finanzplan					
Deckungsmittel					
1		Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	206.400	224.600	222.400
2		Zuwendungen von Bund, Gemeinden, Ge- meindeverbänden sowie Anderen	461.300	483.300	486.000
3		Zuwendung des Landes	1.981.900	2.378.500	<u>2.291.900</u>
		Zusammen	2.649.600	3.086.400	<u>3.000.300</u>
Finanzbedarf					
1		Personalausgaben	2.117.800	2.392.000	<u>2.423.200</u>
2		Sächliche Verwaltungsausgaben	531.800	544.400	<u>577.100</u>
3		Investitionen	0	150.000	0
		Zusammen	2.649.600	3.086.400	<u>3.000.300</u>
...					

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	---	---------------------------

(S. 141) TGr. 62 Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikani-
schen Schweinepest

671 62	Erstattungen an Inland	4.850.000	<u>+4.670.000</u>	<u>9.520.000</u>
---------------	------------------------	-----------	-------------------	------------------

(S. 141)

883 62	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.500.000	<u>+27.370.000</u>	<u>34.870.000</u>
---------------	--	-----------	--------------------	-------------------

(S. 141)

**Darstellung der im Ausschuss für Haushalt
und Finanzen behandelten
Änderungsanträge**

zum

Einzelplan 07

in Vorbereitung der 2. Lesung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg
für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 – HG 2022) – Drucksache 7/4212**

Darstellung Änderungsanträge

Einzelplan 07 – Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung ASGIV	Abstimmung AHF
1	AfD (Neudruck)	07 010	428 10	18	Tierschutz ernstnehmen, Landestierschutzbeauftragten entlasten	+91.000	EP 07 07 080, 684 90 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (-91.000)	3/11/0	3/8/0
2	DIE LINKE	07 010	684 70	27	Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger	+87.200 VE +20.000	EP 07 07 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (-87.200)	3/11/0	2/9/0
3	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	07 010	684 70	27	Integrationsbeauftragte	+87.200	EP 07 07 020, 972 10 (neu) Globale Minderausgabe (-87.200)	11/3/0	8/3/0

4	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	07 010	684 80	30	Beauftragte, Beauftragter der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen	+9.200 Änderung Erläuterungen	EP 07 07 020, 972 10 (neu) Globale Minderausgabe (-9.200)	13/0/0	11/0/0
5	AfD	07 010	684 80	30	Keine Sparvorhaben im Bereich der Behindertenfürsorge	+9.200	EP 07 07 040, 633 60 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (-9.200)	3/9/1	3/8/0
6	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	07 010	684 90	32	Landesbeauftragte für die Gleichstellung von Frauen und Männern (LGBA)	+13.500 Änderung Erläuterungen	EP 07 07 020, 972 10 (neu) Globale Minderausgabe (-13.500)	9/3/1	7/3/1
7	DIE LINKE	07 010	684 95	34	TGr. 95 Landesseniorenbe- auftragte/Landessenioren- beauftragter	+22.000	EP 07 07 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (--)	6/7/0	5/6/0
8	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	07 010	684 95	34	Landessenioren- beauftragte, Landessenioren- beauftragter	+21.400	EP 07 07 020, 972 10 (neu) Globale Minderausgabe (-21.400)	14/0/0	11/0/0
9	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	07 020	972 10 neu	--	Ausbringung einer Globalen Minderausgabe zur Deckung der	--	--	8/6/0	6/3/2

					Mehrausgaben bei diversen Titeln im EP 07				
10	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	07 020	TGr. 73		Maßnahmen des ZifoG	Änderung Erläuterungen	--	--	6/2/3
11	DIE LINKE	07 040	684 30	53	Schulgesundheitsfachkraft	+702.000 VE+1.404.000 Änderung Erläuterungen	EP 07 07 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (...)	3/11/0	2/9/0
12	BVB/FW	07 040	684 30	53	Schulgesundheitsfach- kräfte	+600.000 Änderung Erläuterungen	EP 07 07 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (-600.000)	3/11/0	2/9/0
13	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	07 040	686 70	59	Fortführung von Stipendien im Rahmen des Landärzte- Förderprogramms	+570.000 VE neu: 4.830.000	EP 20 20 020, 972 10 Globale Minderausgaben -570.000	--	11/0/0
14	BVB/FW	07 040	686 70	59	Landärzteprogramm	+600.000 Streichung Erläuterungen	EP 07 07 020, 359 11 Entnahme aus der Rücklage Personalbudget (-600.000)	6/8/0	5/6/0
15	AfD	07 040	686 70	59	Andere Verwendung der Gelder zum Thema	+1.013.900 Änderung	EP 07 07 070, 684 95	3/10/1	3/7/1

					Landärzteförderung statt Absenkung der Mittel bei zu geringem Bewilligungsbedarf	Erläuterungen	Maßnahmen zur Förderung von überregionalen Projekten zur Verbesserung der Aufnahme- und Integrationsbedingungen (-1.013.900)		
16	BVB/FW	07 040	894 80	61	Investitionen Klinisches Krebsregister	+220.000 Änderung Erläuterungen	EP 07 07 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (-220.000)	4/8/2	4/6/1
17	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	07 040	894 80	61	Zuschüsse für Investitionen für das klinische Krebsregister im Land Brandenburg	Änderung Erläuterungen	--	--	9/0/2
18	AfD	07 040	633 86	65	Keine Sparvorhaben im Bereich von psychisch Kranken und Suchtkranken	+36.800	EP 07 07 070, 684 95 Maßnahmen zur Förderung von überregionalen Projekten zur Verbesserung der Aufnahme- und Integrationsbedingungen (-36.800)	3/10/1	3/7/1

Ausschuss für Haushalt und Finanzen – 7. Wahlperiode – Beratung des Haushaltsentwurfs 2022

19	AfD	07 040	684 86	65	Keine Sparvorhaben im Bereich von psychisch Kranken und Suchtkranken	+8.700	EP 07 07 040, 526 81 Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben (-8.700)	3/10/1	3/7/1
20	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	07 040	684 87	66	Glücksspielsuchtberatung, Onlineglücksspiel	+78.800 VE neu: 68.000	EP 20 20 020, 123 20 Einnahmen Glücksspielabgabe (-78.800)	11/0/3	8/0/3
21	DIE LINKE	07 050	891 60	74	Förderung der Investitionen von Krankenhäusern sowie gleichgestellten Einrichtungen	+70.000.000 Änderung Haushaltsvermerk	EP 20 20 020, 971 10 Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der CORONA-Pandemie in allen Einzelplänen	2/8/4	2/6/3
22	DIE LINKE	07 070	684 92	103	TGr. 92 Behindertenpolitisches Maßnahmenpaket	+11.200 Änderung Erläuterungen	EP 07 07 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (...)	6/8/0	4/6/1
23	AfD	07 070	684 92	103	Keine Sparvorhaben im Bereich von behinderten Menschen	+12.000	EP 07 07 070, 684 95	3/10/1	3/7/1

							Maßnahmen zur Förderung von überregionalen Projekten zur Verbesserung der Aufnahme- und Integrationsbedingungen (-12.000)		
24	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	07 070	684 92	103	Behindertenpolitisches Maßnahmenpaket	+11.200 Änderung Erläuterungen	EP 07 07 020, 972 10 (neu) Globale Minderausgabe (-11.200)	14/0/0	11/0/0
25	BVB/FW	07 070	633 93	105	Pakt für Pflege I	+1.700.000 VE+30.800.000 Änderung Erläuterungen	EP 07 07 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (-1.700.000)	6/8/0	5/6/0
26	BVB/FW	07 070	684 93	105	Pakt für Pflege II	+900.000 VE +5.610.000 Änderung Erläuterungen	EP 07 07 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (-900.000)	6/8/0	5/6/0

27	DIE LINKE (Neudruck)	07 070	684 94	107	Armutsbekämpfung	+493.400	EP 20 20 020, 359 15 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (-493.400)	6/8/0	4/6/1
28	AfD	07 070	684 94	107	Keine Sparvorhaben im Bereich der Armutsbekämpfung	+13.400	EP 07 07 080, 526 90 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten (-13.400)	3/10/1	3/7/1
29	DIE LINKE	07 080	681 10	111	Kinderwunschbehandlung	+240.400 Änderung Erläuterungen	EP 07 07 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (...)	5/8/1	4/6/1
30	AfD	07 080	681 10	111	Keine Kürzung der Mittel zur Kinderwunschbehandlung angesichts der niedrigen Geburtenrate	+240.400	EP 07 07 070, 684 95 Maßnahmen zur Förderung von überregionalen Projekten zur Verbesserung der Aufnahme- und Integrationsbe- dingungen (-240.400)	3/10/1	3/7/1

31	DIE LINKE	07 080	533 65	113	TGr. 65 Förderung von Frauen und Familien	+10.400 Änderung Erläuterungen	EP 07 07 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (...)	5/8/1	4/6/1
32	AfD	07 080	533 65	113	Keine Kürzung der Mittel für den Landesfamilienbeirat angesichts der niedrigen Geburtenrate	+10.400	EP 07 07 070, 684 95 Maßnahmen zur Förderung von überregionalen Projekten zur Verbesserung der Aufnahme- und Integrationsbedingungen (-10.400)	3/10/1	3/8/0
33	AfD	07 080	541 65	113	Frauenschutzmaßnahmen - Einsatz für die internationale Ächtung der Leihmutterschaft	+20.000 Änderung Erläuterungen	EP 07 07 040, 633 60 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (-20.000)	3/11/0	3/8/0
34	AfD	07 080	681 65	114	Zukunft für Brandenburg - Baby-Willkommensbox einführen und gesellschaftlichen Fortbestand unterstützen	+3.200.000 Änderung Erläuterungen	EP 20 20 020, 972 10 Globale Minderausgaben (-3.200.000)	3/11/0	3/8/0

35	DIE LINKE	07 080	684 65	114	TGr. 65 Förderung von Frauen und Familien	+188.000	EP 07 07 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (...)	5/8/1	4/6/1
36	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	07 080	684 65	114	Förderung von Frauen und Familie	+148.200	EP 07 07 020, 972 10 (neu) Globale Minderausgabe (-148.200)	13/0/1	11/0/0
37	AfD	07 080	686 65	115	Zukunft für Brandenburg - Traditionelles Familienleben und gesellschaftlichen Fortbestand unterstützen und fördern	+2.992.900 Änderung Erläuterungen	EP 07 Deckung aus 20 einzelnen Titeln (-2.992.900)	3/11/0	3/8/0
38	SPD, CDU, GRÜNE/ B90, DIE LINKE, BVB/FW Neudruck	07 080	684 80	117	Aktionsplan Queeres Brandenburg	+109.700 Änderung Erläuterungen	EP 07 07 020, 972 10 (neu) Globale Minderausgabe (-109.700)	11/3/0	8/3/0
39	DIE LINKE	07 080	684 90	118	TGr. 90 Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm	+30.500 VE+178.000 Änderung Erläuterungen	EP 07 07 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (...)	2/11/1	1/9/1

40	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	07 080	684 90	118	Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm	+29.700 Änderung Erläuterungen	EP 07 07 020, 972 10 (neu) Globale Minderausgabe (-29.700)	10/3/1	7/3/1
41	DIE LINKE (Neudruck)	07 080	684 95	119	Schuldnerberatungsstellen im Rahmen der Insolvenzordnung	+400.000	EP 20 20 020, 359 15 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (-400.000)	6/8/0	5/6/0
42	BVB/FW	07 080	684 95	119	Schuldnerberatungsstellen im Rahmen der Insolvenzordnung	+119.600	EP 07 07 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (-119.600)	3/8/3	2/6/3
43	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	07 080	684 95	119	Schuldnerberatungsstellen im Rahmen der Insolvenzordnung	+80.700	EP 07 07 020, 972 10 (neu) Globale Minderausgabe (-80.700)	13/0/1	11/0/0
44	DIE LINKE (Neudruck)	07 100	684 10	135	Förderung der Verbraucheraufklärung	+186.000	EP 20 20 020, 359 15 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (-186.000)	2/11/1	2/9/0

45	DIE LINKE (2. Neu- druck)	07 100	684 12	135	Zuschüsse an die Verbraucherzentrale Brandenburg e. V.	+250.000 Haushaltsver- merk neu Änderung Erläuterungen	EP 20 20 020, 359 15 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (-250.000)	5/8/1	5/6/0
46	SPD, CDU, GRÜNE/ B90 Neudruck	07 100	684 12	135	Zuschüsse an die Verbraucherzentrale Brandenburg e. V.	+100.000 VE+100.000 Änderung Erläuterungen	EP 07 07 020, 972 10 (neu) Globale Minderausgabe (-100.000)	10/0/4	8/0/3
47	AfD	07 100	684 14	136	Tierschutz ernstnehmen, Versprechungen gegenüber den Tierheimen einhalten	+275.000	EP 07 07 040, 633 60 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (-275.000)	3/10/1	3/7/1
48	AfD	07 100	893 14	137	Tierschutz ernstnehmen, Versprechungen gegenüber den Tierheimen einhalten	+145.000	EP 07 07 040, 633 60 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (-145.000)	3/10/1	3/7/1
49	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	07 100	671 62	141	Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest	4.670.000	EP 20 20 020, 359 15 Globale Minderausgabe	--	11/0/0

50	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	07 100	883 62	141	Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest	+27.370.000	EP 20 20 020, 359 15 Globale Minderausgabe	--	11/0/0
	Gesamtabstimmung Einzelplan 07							8/6/0	6/5/0

Angenommene Änderungsanträge

zum

Einzelplan 07

zur 2. Lesung

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 07 - MSGIV**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 27	Kapitel: 0 7 0 1 0	Titel: 6 8 4 7 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger		

Stichwort: Integrationsbeauftragte

Ansatz im Entwurf 2022	1.274.500 €
Änderung (+/-):	+87.200 €
Ansatz neu:	1.361.700 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
43	07 020	972 10 (neu)	Globale Minderausgabe	87.200 €
insgesamt:				87.200 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung folgender Maßnahmen:

1. Zuwendungen für Projekte und laufende Zwecke an freie Träger im Bereich der Integration und Antidiskriminierung
2. Zuwendungen an die Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie, Brandenburg (RAA Brandenburg) im Wege der institutionellen Förderung
3. Zuwendungen für spezifische Angebote zur Integration von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund
4. Zuwendungen für Fortbildungen für Ehrenamtliche
5. Zuwendungen zur Unterstützung ehrenamtlicher Willkommensinitiativen

Zu Ziffer 2.: Zuwendungen an die Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie, Brandenburg (RAA Brandenburg) im Wege der institutionellen Förderung

Wirtschafts- und Stellenplan:

Die RAA Brandenburg, in Trägerschaft des Demokratie und Integration Brandenburg e. V. ist tätig im Bereich der Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, Zugewanderten und Flüchtlingen im Land Brandenburg.

Im Ist 2020 wird das voraussichtliche Ist vorbehaltlich der Ergebnisse aus der Verwendungsnachweisprüfung ausgewiesen.

Begründung:

Die Verstetigung der Mittel auf dem Niveau von 2021 sichert die Fortführung der Projektförderung der Integrationsbeauftragten im bisherigen Umfang. Die Deckung erfolgt aus einem neuen Titel „Globale Minderausgabe“ im Einzelplan 07.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 07 - MSGIV**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 30	Kapitel: 0 7 0 1 0	Titel: 6 8 4 8 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale Einrichtungen		

Stichwort: Beauftragte, Beauftragter der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen

Ansatz im Entwurf 2022	83.100 €
Änderung (+/-):	+9.200 €
Ansatz neu:	92.300 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
43	07 020	972 10 (neu)	Globale Minderausgabe	9.200 €
insgesamt:				9.200 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Mittel sind vorgesehen zur Förderung von Selbstbestimmtheit und Partizipation von Menschen mit Behinderungen.

Alle Maßnahmen sind zugänglich und nutzbar für Geflüchtete mit Behinderungen zu gestalten.

Unterstützungsleistungen für die Integration von Flüchtlingen mit Behinderungen nach der UN-Behindertenrechtskonvention.

Weniger in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022.

Begründung:

Die Verstetigung der Mittel auf dem Niveau von 2021 sichert die Fortführung der Projektförderung der/des Brandenburgischen Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen im bisherigen Umfang. Die Deckung erfolgt aus einem neuen Titel „Globale Minderausgabe“ im Einzelplan 07.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 07 - MSGIV**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 32	Kapitel: 0 7 0 1 0	Titel: 6 8 4 9 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger		

Stichwort: Landesbeauftragte für die Gleichstellung von Frauen und Männern (LGBA)

Ansatz im Entwurf 2022	121.500 €
Änderung (+/-):	+13.500 €
Ansatz neu:	135.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
43	07 020	972 10 (neu)	Globale Minderausgabe	13.500 €
insgesamt:				13.500 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Mittel sind vorgesehen für Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen im Bereich der gleichstellungspolitischen und frauenpolitischen Arbeit, der Mädchenarbeit, der Prävention von Gewalt gegen Frauen, sofern sie die spezifischen Arbeitsbereiche der LGBA betreffen oder landesweit Wirkung entfalten und über das in den Fachbereichen Verortete hinausgehen. 60.000 EUR sind für die Förderung der Brandenburgischen Frauenwoche vorgesehen.

Weniger in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022.

Begründung:

Die Verstetigung der Mittel auf dem Niveau von 2021 sichert die Fortführung der Projektförderung der Landesgleichstellungsbeauftragten im bisherigen Umfang. Die Deckung erfolgt aus einem neuen Titel „Globale Minderausgabe“ im Einzelplan 07.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 07 - MSGIV**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 34	Kapitel: 0 7 0 1 0	Titel: 6 8 4 9 5
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		

Stichwort: Landesseniorenbeauftragte, Landesseniorenbeauftragter

Ansatz im Entwurf 2022	192.400 €
Änderung (+/-):	+21.400 €
Ansatz neu:	213.800 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
43	07 020	972 10 (neu)	Globale Minderausgabe	21.400 €
insgesamt:				21.400 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 07 070 / 684 91 (Ist 2020: 0, Ansatz 2021: 213.800 EUR).

Zusammenführung der Aufgaben der Seniorenpolitik und des Seniorenpolitischen Maßnahmenpaketes mit der Funktion des Landesseniorenbeauftragten.

Veranschlagt sind Mittel für ein seniorenpolitisches Maßnahmenpaket, das folgende Themenbereiche und Maßnahmen umfasst:

- Wohnen und Mobilität im Alter
- Lebenslanges Lernen - Digitalisierung
- Stärkung der landes- und kommunalpolitischen Teilhabe von Seniorinnen und Senioren / bürgerschaftliches Engagement
- Brandenburgische Seniorenwoche
- Geschäftsstelle Seniorenrat Land Brandenburg e.V.

Begründung:

Die Verstetigung der Mittel auf dem Niveau von 2021 sichert die Fortführung der Projektförderung der/des Landesseniorenbeauftragten im bisherigen Umfang. Die Deckung erfolgt aus einem neuen Titel „Globale Minderausgabe“ im Einzelplan 07.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 07 - MSGIV

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 43	Kapitel: 0 7 0 2 0	Titel: 9 7 2 1 0
Zweckbestimmung: Globale Minderausgabe		

Stichwort: Deckung der Mehrausgaben bei diversen Titeln im EP 7 (neu)

Ansatz im Entwurf 2022	-
Änderung (+/-):	-610.800 €
Ansatz neu:	-610.800 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Einrichtung einer Globalen Minderausgabe zur Deckung von Mehrausgaben im Einzelplan 07.

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 07 – Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite:	siehe Anlage	Kapitel:		Titel:	
Zweckbestimmung:	Zweckbestimmung				

Stichwort: Ermächtigung der Landtagsverwaltung, in Zusammenarbeit mit dem MdFE Korrekturen entsprechend der beiliegenden Übersicht durchzuführen.

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Landtagsverwaltung wird ermächtigt, in Zusammenarbeit mit dem MdFE die sich aus den Beschlüssen des Ausschusses ergebenden inhaltlichen und zahlenmäßigen Änderungen zu erfassen und in die Beschlussempfehlungen zum Text des Haushaltsgesetzentwurfes 2022 und zu den Einzelplänen einzuarbeiten sowie offensichtliche Unrichtigkeiten zu beseitigen.

Darüber hinaus wird die Landtagsverwaltung in Zusammenarbeit mit dem MdFE ermächtigt, die in der Anlage enthaltenen Unrichtigkeiten zu korrigieren.

Epl	Kapitel & Titel	Seite	Zweckbestimmung	Stichwort	bisherige Formulierung					Formulierung neu					Begründung		
07	07 020 / TGr. 73	44/45	Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsfonds	Erläuterungstabelle zur TGr. 73	lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme	Gesamtausgabevolumen (EUR)	Davon in 2021 veranschlagt (EUR)	Davon in 2022 veranschlagt (EUR)	vorgesehen in den Folgejahren (EUR)	lfd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme	Gesamtausgabevolumen (EUR)	Davon in 2021 veranschlagt (EUR)	Davon in 2022 veranschlagt (EUR)	vorgesehen in den Folgejahren (EUR)	Aufsummierung in der Erläuterungstabelle fehlerhaft
					1	Landesmittel zur Kofinanzierung der Bundesmittel zum Krankenhausstrukturfonds II	60.000.000	15.000.000	5.000.000	20.000.000	1	Landesmittel zur Kofinanzierung der Bundesmittel zum Krankenhausstrukturfonds II	40.000.000	15.000.000	5.000.000	20.000.000	
					***	***	***	***	***	***	***	***	***	***	***	***	
					Summe		80.125.000	20.105.000	10.020.000	30.000.000	Summe		60.125.000	20.105.000	10.020.000	30.000.000	
07	07 040 / 894 80	61	Zuschüsse für Investitionen für das klinische Krebsregister im Land Brandenburg	Erläuterungstext	****	Weniger in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022.					****	Weniger in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022. Weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Investitionsbedarf.					falsche Begründung des Ansatzrückgangs

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 07 – Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 59	Kapitel: 0 7 0 4 0	Titel: 6 8 6 7 0
Zweckbestimmung: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland		

Stichwort: Fortführung von Stipendien im Rahmen des Landärzte-Förderprogramms

Ansatz im Entwurf 2022	1.670.000 €
Änderung (+/-):	+ 570.000 €
Ansatz neu:	2.240.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022

Ansatz im Entwurf: 0 €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten: + 4.830.000 €

mit Fälligkeit:

2023	840.000 €
2024	840.000 €
2025	840.000 €
2026ff.	2.310.000 €

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

+ 4.830.000 €

mit Fälligkeit:

2023	840.000 €
2024	840.000 €
2025	840.000 €
2026ff.	2.310.000 €

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
29	20 020	972 10	Globale Minderausgaben	570.000 €
				€

insgesamt:**570.000 €****Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Weniger wegen Anpassung an den jährlichen Bewilligungsbedarf für das Stipendienprogramm.

Begründung:

Die Förderung von Stipendien für Medizinstudierende nach der Landärztinnen/Landärzte-Richtlinie soll bis 31. Dezember 2022 verlängert werden. Die zusätzlichen Kassenmittel und Verpflichtungsermächtigungen dienen der Ausfinanzierung der in 2022 neu zu vergebenen Stipendien (bis zu 35 Vollzeitstipendien je Semester).

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 07 – Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 66	Kapitel: 0 7 0 4 0	Titel: 6 8 4 8 7
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		

Stichwort: Glücksspielsuchtberatung, Onlineglücksspiel

Ansatz im Entwurf 2022	100.900 €
Änderung (+/-):	+78.800 €
Ansatz neu:	179.700 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022:	
Ansatz im Entwurf:	0 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	
Verpflichtungsermächtigungen 2022, fällig in 2023	+68.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	
Verpflichtungsermächtigungen 2022, fällig in 2023	68.000 €

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
15	20 020	123 20	Einnahmen Glücksspielabgabe	78.800 €
insgesamt:				78.800 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Mittel sind veranschlagt zur Förderung der Landesstelle Glücksspielsucht sowie von Projekten zur Erforschung der Glücksspielsucht.

Begründung:

Die zusätzlichen Mittel für 2022 und 2023 dienen zur Finanzierung und Ausstattung der Onlineglücksspielsuchtberatung, um den Auswirkungen des geänderten Glücksspielstaatsvertrages 2021 und der damit einhergehende Ausweitung des Online-Angebots an Glücksspielen durch Beratungsangebote für suchtgefährdete Personen und die kommunalen Beratungsstellen Präventionsmaßnahmen entgegen zu setzen.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 07 - MSGIV**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 103	Kapitel: 0 7 0 7 0	Titel: 6 8 4 9 2
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		

Stichwort: Behindertenpolitisches Maßnahmenpaket

Ansatz im Entwurf 2022	88.800 €
Änderung (+/-):	+11.200 €
Ansatz neu:	100.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
43	07 020	972 10 (neu)	Globale Minderausgabe	11.200 €
insgesamt:				11.200 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Mittel werden für die Umsetzung und Begleitung des behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes eingesetzt. Schwerpunkte bei der Umsetzung bilden:

- Bewusstseinsbildung für eine inklusive Gesellschaft
- Förderung der aktiven, gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft
- Partizipation von Menschen mit Behinderung
- Stärkung von inklusiven Sozialräumen

Weniger in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022.

Begründung:

Die Verstetigung der Mittel auf dem Niveau von 2021 sichert die Fortführung der Maßnahmenförderung im bisherigen Umfang. Die Deckung erfolgt aus einem neuen Titel „Globale Minderausgabe“ im Einzelplan 07.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 07 - MSGIV

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 114	Kapitel: 0 7 0 8 0	Titel: 6 8 4 6 5
Zweckbestimmung: Zuschüsse an freie Träger		

Stichwort: Förderung von Frauen und Familie

Ansatz im Entwurf 2022

2.104.400 €

Änderung (+/-):

+148.200 €

Ansatz neu:

2.252.600 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022

Ansatz im Entwurf:

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
43	07 020	972 10 (neu)	Globale Minderausgabe	148.200 €
insgesamt:				148.200 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Darüber hinaus werden Verpflichtungsermächtigungen in 2021 in Höhe von je 416.500 EUR in den Jahren 2022 bis 2024 nicht in Anspruch genommen.

Veranschlagt sind Mittel zur Projektförderung von:

1. Familienverbänden
2. Familienbildung
3. Lokalen Bündnissen für Familie
4. der Geschäftsstelle des Landesverbandes von pro familia e. V.
5. Organisationen und Verbänden der Frauenpolitik
6. Mädchenarbeit
7. Projekten zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und zur Hilfe für Opfer von Menschenhandel
8. Netzwerk Gesunde Kita
9. Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung
10. Familienzentren

Begründung:

Die Verstetigung der Mittel auf dem Niveau von 2021 sichert die Fortführung der Projektförderung im bisherigen Umfang. Die Deckung erfolgt aus einem neuen Titel „Globale Minderausgabe“ im Einzelplan 07.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

der Fraktion DIE LINKE

der Fraktion BVB / FREIE WÄHLER

Einzelplan 07 - MSGIV**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 117	Kapitel: 0 7 0 8 0	Titel: 6 8 4 8 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse an freie Träger für laufende Zwecke		

Stichwort: Aktionsplan Queeres Brandenburg**Ansatz im Entwurf 2022**

114.700 €

Änderung (+/-):

+109.700 €

Ansatz neu:

224.400 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
43	07 020	972 10 (neu)	Globale Minderausgabe	109.700 €

insgesamt:**109.700 €****Erläuterungen:** (Änderungen bitte unterstreichen)

Die im Haushaltsjahr 2021 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen. Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von Personal- und Sachkosten von Projekten im Rahmen des Aktionsplans.

Weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf sowie in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022.

Begründung:

Die Verstetigung der Mittel auf dem Niveau von 2021 sichert die Fortführung der laufenden Vorhaben im bisherigen Umfang, insbesondere den Mittelbedarf i.H.v. 65.000 € für das Projekt Regenbogenfamilien sowie 32.000 Euro für das Projekt des Vereins Katte e. V. „Integration, Vielfalt und Prävention“ zur queeren Geflüchteten- und Jugendarbeit. Die Deckung erfolgt aus einem neuen Titel „Globale Minderausgabe“ im Einzelplan 07.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 07 - MSGIV

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 118	Kapitel: 0 7 0 8 0	Titel: 6 8 4 9 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen		

Stichwort: Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm

Ansatz im Entwurf 2022	235.300 €
Änderung (+/-):	+29.700 €
Ansatz neu:	265.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
43	07 020	972 10 (neu)	Globale Minderausgabe	29.700 €
insgesamt:				29.700 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von Maßnahmen:

- zum Abbau von traditionellen Geschlechterrollen
- zur landesweiten Implementierung von Gender-Mainstreaming
- zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen
- zur Beseitigung der Entgeltungleichheit
- zur Arbeit im Gewaltschutzbereich sowie
- zur Unterstützung der frauen- und gleichstellungspolitischen Akteure im Land Brandenburg sowie
- zur Unterstützung und Verstetigung der Öffentlichkeitsarbeit über Informations- und Beratungsangebote für Frauen und Mädchen im Land sowie der Vernetzung der frauen- und gleichstellungspolitischen Strukturen
- zur Stärkung der Arbeit der Frauenzentren
(Projektförderungen)

Weniger in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022:

Begründung:

Die Verstetigung der Mittel auf dem Niveau von 2021 sichert die Fortführung der Maßnahmenförderung im bisherigen Umfang. Die Deckung erfolgt aus einem neuen Titel „Globale Minderausgabe“ im Einzelplan 07.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

EP 07 MSGIV

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 119	Kapitel: 0 7 0 8 0	Titel: 6 8 4 9 5
Zweckbestimmung: Zuschüsse an freie Träger für laufende Zwecke		

Stichwort: Schuldnerberatungsstellen im Rahmen der Insolvenzordnung

Ansatz im Entwurf 2022	1.580.400 €
Änderung (+/-):	+80.700 €
Ansatz neu:	1.661.100 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
43	07 020	972 10 (neu)	Globale Minderausgabe	80.700 €
insgesamt:				80.700 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Verstetigung der Mittel auf dem Niveau von 2021 stellt die unverminderte Förderung der Schuldnerberatungsstellen sicher. Die Deckung erfolgt aus einem neuen Titel „Globale Minderausgabe“ im Einzelplan 07.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

EP 07 MSGIV**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 135	Kapitel: 0 7 1 0 0	Titel: 6 8 4 1 2
Zweckbestimmung: Zuschüsse an die Verbraucherzentrale Brandenburg e.V.		

Stichwort: Verbraucherschutz

Ansatz im Entwurf 2022	2.191.900 €
Änderung (+/-):	+100.000 €
Ansatz neu:	2.291.900 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	2.191.900 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+100.000 €, fällig 2023
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	2.291.900 €, fällig 2023

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
43	07 020	972 10 (Neu)	Globale Minderausgaben	100.000 €
				€
insgesamt:				100.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Anlage zu Kapitel 07 100**

Wirtschaftsplan der Verbraucher-Zentrale Brandenburg e.V.

Ktn.	Konto	Zweckbestimmung	Ist 2020 - EUR -	Ansatz 2021 - EUR -	Ansatz 2022 - EUR -
Grp.					
1	2	3	4	5	6
Finanzplan					
Deckungsmittel					
1		Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	206.400	224.600	222.400
2		Zuwendungen von Bund, Gemeinden, Gemein- deverbänden sowie Anderen	461.300	483.300	486.000
3		Zuwendung des Landes	1.981.900	2.378.500	<u>2.291.900</u>
		Zusammen	2.649.600	3.086.400	<u>3.000.300</u>
Finanzbedarf					
1		Personalausgaben	2.117.800	2.392.000	<u>2.423.200</u>
2		Sächliche Verwaltungsausgaben	531.800	544.400	<u>577.100</u>
3		Investitionen	0	150.000	0
		Zusammen	2.649.600	3.086.400	<u>3.000.300</u>
...					

Begründung:

Der Mittelansatz sichert die auskömmliche Finanzierung des institutionell geförderten Anteils der Verbraucherzentrale Brandenburg. Die Deckung erfolgt aus einem neuen Titel „Globale Minderausgabe“ im Einzelplan 07.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 07

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 141	Kapitel: 0 7 1 0 0	Titel: 6 7 1 6 2
Zweckbestimmung: Erstattung an Inland		

Stichwort: Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest

Ansatz im Entwurf 2022	4.850.000 €
Änderung (+/-):	+4.670.000 €
Ansatz neu:	9.520.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022

Ansatz im Entwurf: €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten: €

Ansatz neu mit Fälligkeiten: €

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	4.670.000 €
				€
insgesamt:				4.670.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Mittel sind vorgesehen für die laufende Bewirtschaftung und Unterhaltungsmaßnahmen der Wildschutzzäune durch die Landkreise/kreisfreie Städte, für Maßnahmen zur Fallwildsuche sowie zur Beprobung auf Afrikanische Schweinepest.

Begründung:

Ausgaben der Kommunen für Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest werden auf Grundlage der Billigkeitsrichtlinie des MSGIV erstattet. Mit Blick auf das unverändert hohe Seuchengeschehen müssen die Maßnahmen zur Bekämpfung fortgeführt werden; die Richtlinie muss für das Jahr 2022 verlängert werden.

Die zusätzlichen Mittel sind zu veranschlagen, um in Anlehnung an das voraussichtliche IST im Jahre 2021 im Haushaltsjahr 2022 den Gesamtbedarf für die Kostenerstattungen an die Kommunen abdecken zu können.

Änderungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 07

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 141	Kapitel: 0 7 1 0 0	Titel: 8 8 3 6 2
Zweckbestimmung: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbänden		

Stichwort: Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest

Ansatz im Entwurf 2022	7.500.000 €
Änderung (+/-):	+27.370.000 €
Ansatz neu:	34.870.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	27.370.000 €
				€
insgesamt:				27.370.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Mittel sind vorgesehen für die Errichtung von festen Wildschutzzäunen im Grenzgebiet zwischen dem Land Brandenburg und der Republik Polen sowie um Kern- und deren Erweiterungszone (weiße Zone) durch die Landkreise und kreisfreien Städte.

Begründung:

Ausgaben der Kommunen für Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest werden auf Grundlage der Billigkeitsrichtlinie des MSGIV erstattet. Mit Blick auf das unverändert hohe Seuchengeschehen müssen die Maßnahmen zur Bekämpfung fortgeführt werden; die Richtlinie muss für das Jahr 2022 verlängert werden.

Die zusätzlichen Mittel sind zu veranschlagen, um in Anlehnung an das voraussichtliche IST im Jahre 2021 im Haushaltsjahr 2022 den Gesamtbedarf für die Kostenerstattungen an die Kommunen abdecken zu können.

Abgelehnte Änderungsanträge

zum

Einzelplan 07

zur 2. Lesung

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

Einzelplan 07**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 18	Kapitel: 0 7 0 1 0	Titel: 4 2 8 1 0
Zweckbestimmung: Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		

Stichwort: Tierschutz ernstnehmen, Landestierschutzbeauftragten entlasten

Ansatz im Entwurf 2022	11.556.400 €
Änderung (+/-):	+91.000 €
Ansatz neu:	11.647.400 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
118	07 080	684 90	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	91.000 €
insgesamt:				91.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Der Landestierschutzbeauftragte ist stark belastet und benötigt Unterstützung. Gibt es bei ihm einen Krankheitsfall, können tierschutzrelevante Aufgaben im Land Brandenburg nicht bearbeitet werden. Deshalb ist die Schaffung einer E-13-Stelle (Tierarzt) beim Landestierschutzbeauftragten notwendig. Als Deckungsquelle eignet sich der angegebene Titel im Sinne einer angestrebten Beendigung der Prodigalität im Bereich der Bekämpfung von imaginierten, schon lange nicht mehr existierenden Unterdrückungsstrukturen.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan – 07 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 27 f.	Kapitel: 0 7 0 1 0	Titel: 6 8 4 7 0
Zweckbestimmung: TGr. 70 Integrationsbeauftragte, Integrationsbeauftragter des Landes Brandenburg		

Stichwort: Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger

Ansatz im Entwurf 2022	1.274.500 €
Änderung (+/-):	+ 87.200 €
Ansatz neu:	1.361.700 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	200.000 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+ 20.000 € 2023 bis zu 20.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	220.000 € 2023 bis zu 220.000 €

Deckung bei: Einzelplan 07				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
38	07 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	87.200 €
				€
insgesamt:				87.200 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Durch ihre Arbeit und ihre vielseitigen Projekte und Initiativen hat die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg einen unschätzbaren Beitrag zum gelingenden Zusammenleben von angestammter Bevölkerung und zugewanderten Menschen geleistet. Mittels der Scharnierfunktion der Beauftragtenstelle zwischen Zivilgesellschaft und Geflüchteten werden Integrationsprozesse beschleunigt und mögliche Konfliktfelder früh erkannt und bearbeitet. Ihre administrativ leitende Funktion im Netzwerk von Integrationsinitiativen ist nicht zu ersetzen. Dabei war die finanzielle Ausstattung der Beauftragtenstelle schon immer sehr knapp bemessen. Eine weitere Kürzung in diesem Bereich ist in der Praxis nicht darstellbar.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

Einzelplan 07**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 30	Kapitel: 0 7 0 1 0	Titel: 6 8 4 8 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale Einrichtungen		

Stichwort: Keine Sparvorhaben im Bereich der Behindertenfürsorge

Ansatz im Entwurf 2022	83.100 €
Änderung (+/-):	+9.200 €
Ansatz neu:	92.300 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
55	07 040	633 60	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	9.200 €
				€
insgesamt:				9.200 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Auch wenn das Land Brandenburg Einsparungen vornehmen muss, ist es unmoralisch dies ausgerechnet beim Thema Behindertenförderung umzusetzen. Gleichzeitig wachsen sinnlose Titel stark an, welche kaum Berührungspunkt mit dem realen Leben der Bürger haben, wie der zu gesundheitspolitischen Maßnahmen im Klimawandelkontext (S. 61, Titel 541 81). Dies ist inakzeptabel. Es sollte keine Absenkung des Titels erfolgen. Außerdem müssen nicht mehr verhältnismäßige Coronamaßnahmen abgeschafft werden, es ist Zeit für eine Rückkehr zur Normalität. Deshalb können auch deren Kosten eingespart und sinnvoller verwendet werden.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan: 07 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 34	Kapitel: 0 7 0 1 0	Titel: 6 8 4 9 5
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		

Stichwort: TGr. 95 Landesseniorenbeauftragte/Landesseniorenbeauftragter
--

Ansatz im Entwurf 2022	192.400 €
Änderung (+/-):	+ 22.000 €
Ansatz neu:	214.400 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)
--

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 07				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
38	07 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Stelle des Landesseniorenbeauftragten ist eingerichtet worden, weil u.a. der demografische Wandel und die sich verändernden Lebenslagen, Bedarfe und Ansprüche an ein erfülltes Dasein im Seniorenalter dies erforderlich machen. Viele Seniorinnen und Senioren leiden zudem unter Isolation und Einsamkeit und benötigen Hilfe. Die Gruppe der Senioren ist also sehr inhomogen und ihre Bedarfslagen dementsprechend vielschichtig.

Im Koalitionsvertrag wurde treffend formuliert: „Wir werden das „Seniorenpolitische Maßnahmenpaket“ fortschreiben [...]. Immer mehr Menschen leiden unter sozialer Isolation und dem damit verbundenen Gefühl der Einsamkeit. Die Koalition wird sich diesem gesellschaftlichen Phänomen widmen und neue Maßnahmen über das Seniorenpolitische Maßnahmenpaket verankern. [...] Zur Wahrnehmung der Interessen von Seniorinnen und Senioren soll eine bzw. ein Landesseniorenbeauftragte/r im Ministerium für Soziales berufen und entsprechend ausgestattet werden.“

Eine Zusammenlegung des seniorenpolitischen Maßnahmenpaketes mit der Stelle der beauftragten Person und der damit einhergehenden beabsichtigten Kürzung der Mittel für das seniorenpolitische Maßnahmenpaket trägt der Erreichung der im Koalitionsvertrag verankerten Zielstellung nicht bei. Zum einen ist die Stelle der beauftragten Person auskömmlich auszustatten und nicht zu kürzen und zum anderen ist das Seniorenpolitische Maßnahmenpaket adäquat aller anderen Maßnahmenpakete und entsprechend seiner Bedeutsamkeit herauszulösen und finanziell separat und ebenfalls auskömmlich zu untersetzen.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan: 07 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 53	Kapitel: 0 7 0 4 0	Titel: 6 8 4 3 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale Einrichtungen		

Stichwort: Schulgesundheitsfachkraft

Ansatz im Entwurf 2022	0 €
Änderung (+/-):	+ 702.000 €
Ansatz neu:	702.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	0 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+ 1.404.000 €
	2023 bis zu 702.000 €
	2024 bis zu 702.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	1.404.000 €
	2023 bis zu 702.000 €
	2024 bis zu 702.000 €

Deckung bei: Einzelplan 07				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
38	07 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

~~Weniger wegen Beendigung des Pilotprojekts.~~

Mehr wegen Überführung des Pilotprojektes in eine Regelfinanzierung von 18 Stellen im Rahmen der Förderung der Schulgesundheitsfachkraft.

Begründung:

Schulgesundheitsfachkräfte leisten an Brandenburger Schulen einen wichtigen Beitrag. Sie entlasten Lehrer, Eltern und vor allem das Gesundheitssystem, indem sie passgenau vor Ort versorgen und nur in tatsächlichen Notfällen ins Krankenhaus verweisen. Sie fördern die Gesundheitskompetenz der Schülerinnen und Schüler, unterstützen das Lehrerkollegium, verschaffen ein Gefühl von Sicherheit und waren die maßgeblichen Akteure in der Umsetzung von Hygienestandards in der Corona-Pandemie. Damit haben sie sich als ein wichtiger Teil in einem interdisziplinären Schulteam behauptet, was ausnahmslos alle Evaluationsberichte belegen konnten. Deshalb ist den Empfehlungen der Evaluationsgutachten zu folgen und das Projekt zu verstetigen bzw. auszubauen. Die Fördersumme ist demnach so festzusetzen, dass die 18 Schulgesundheitsfachkräfte jeweils in Vollzeit ausfinanziert sind.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

07 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 53	Kapitel: 0 7 0 4 0	Titel: 6 8 4 3 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale Einrichtungen		

Stichwort: Schulgesundheitsfachkräfte**Ansatz im Entwurf 2022**

0 €

Änderung (+/-):

+ 600.000 €

Ansatz neu:

+ 600.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
38	07 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	600.000 €
				€
insgesamt:				600.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Weniger wegen Beendigung des Pilotprojekts

Begründung:

Seit 2017 läuft das Modellprojekt „Schulgesundheitsfachkräfte an öffentlichen Schulen im Land Brandenburg“ mit durchschlagendem Erfolg. Die Schulgesundheitsfachkräfte führen Präventionsprojekte durch und versorgen die Kinder und Jugendlichen bei Verletzungen oder akuten Erkrankungen, aber auch bei sonstigen Probleme, die auftreten können. Die positiven Erfahrungen aus dem Modellprojekt wurden ausführlich im Ausschuss ASGIV diskutiert. Insofern ist es unerklärlich, dieses Projekt zu beenden bzw. es Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen MBSJ und MSGIV zum Opfer fallen zu lassen.

Um das Projekt fortzusetzen und auszubauen, sind für 2022 mindestens die finanziellen Mittel in Höhe des Ist 2020 zur Verfügung zu stellen.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

07 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 59	Kapitel: 0 7 0 4 0	Titel: 6 8 6 7 0
Zweckbestimmung: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland		

Stichwort: Landärzteprogramm

Ansatz im Entwurf 2022	1.670.000 €
Änderung (+/-):	600.000 €
Ansatz neu:	2.270.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
38	07 020	359 11	Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	600.000 €
insgesamt:				600.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Weniger wegen Anpassung an den jährlichen Bewilligungsbedarf für das Stipendienprogramm

Begründung:

Auf seiner Homepage wirbt das MSGIV aktiv und modern für das Landärzteprogramm, mit dem pro Semester maximal 50 Stipendien neu vergeben werden: monatliche Stipendien in Höhe von 1.000 Euro oder monatliche Co-Stipendien von bis zu 500 Euro.

www.msgiv.brandenburg.de: „Unser Landärztestipendium ist ein echtes Erfolgsmodell“, so Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher. „Seit seinem Bestehen haben sich Medizin-studierende aus ganz Deutschland darum beworben. 96 Studierende fördern wir derzeit mit einem Stipendium. Diese engagierten jungen Leute brauchen wir – vor allem in den ländlichen Regionen. Ärztinnen und Ärzte haben in Brandenburg tolle Möglichkeiten, sich zu verwirklichen und neue, moderne Wege zu gehen, etwa in der Telemedizin.“

Der Bedarf an Landärztinnen und Landärzten ist sehr hoch. Das Erfolgsmodell „Landärzteprogramm“ sollte daher ausgebaut und es sollten mehr Stipendien als bisher gewährt werden, um den Bedarf an ärztlichem Fachpersonal im ländlichen Raum abzusichern. Die geplante Erhöhung des Ansatzes entspricht 50 weiteren Stipendien.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

Einzelplan 07

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 59	Kapitel: 0 7 0 4 0	Titel: 6 8 6 7 0
Zweckbestimmung: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland		

Stichwort: Andere Verwendung der Gelder zum Thema Landärzteförderung statt Absenkung der Mittel bei zu geringem Bewilligungsbedarf

Ansatz im Entwurf 2022	1.670.000 €
Änderung (+/-):	+1.013.900 €
Ansatz neu:	2.683.900 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
108	07 070	684 95	Maßnahmen zur Förderung von überregionalen Projekten zur Verbesserung der Aufnahme- und Integrationsbedingungen	1.013.900
				€
insgesamt:				1.013.900 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

~~Weniger wegen Anpassung an den jährlichen Bewilligungsbedarf für das Stipendienprogramm.~~

Überschüssige Mittel, die nicht abgerufen werden können (z.B. aufgrund zu weniger qualifizierter Bewerber auf die Stipendien), müssen andersartig für das Thema Landärzteförderung ausgegeben werden (z.B. für direkte finanzielle Unterstützungen bei der Eröffnung von Facharztpraxen auf dem Land). In diesem Fall ist die Mittelverwendung für derartiges aus diesem Titel ausdrücklich erlaubt und gewünscht.

Begründung:

Der Ärztemangel in den ländlichen Regionen nimmt zu und ist in der Bevölkerung ein brennendes Dauerthema. Auf dem Land werden dringend junge Ärzte gebraucht, um die Entwicklung mindestens zu stabilisieren. In keinem deutschen Bundesland kommen mehr Patienten auf einen Arzt als in Brandenburg. Der Bundesschnitt liegt bei 680, in Brandenburg sind es jedoch 53 mehr, also 733 Patienten auf einen Arzt. Viele der Ärzte gehen außerdem bald in Rente. Über die kommenden fünf Jahre hinweg müssen z.B. allein 700 Haus- und 950 Fachärzte eingestellt werden. Insgesamt fehlen bis 2025 1600 Mediziner. Schon jetzt gibt es 45 unbesetzte Arztsitze. Aufgrund der großen Problematik der fehlenden Landärzte, dürfen Minderausgaben für Stipendienvergaben für Landärzte nicht schlicht eingespart werden. Genau dies soll nun jedoch zum wiederholten Male erfolgen. Angesichts der Dramatik der Situation müssen die frei gewordenen Gelder andersartig für das Thema Landärzteförderung verwendet werden. Eine Möglichkeit wäre, die direkte finanzielle Unterstützung bei der Eröffnung von Facharztpraxen auf dem Land. Als Deckungsquelle eignet sich der angegebene Titel im Sinne einer angestrebten Beendigung der Prodigalität im Bereich der Integration von Ein- und Zuwanderern.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

07 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 61	Kapitel: 0 7 0 4 0	Titel: 8 9 4 8 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Investitionen für das klinische Krebsregister im Land Brandenburg		

Stichwort: Investitionen Klinisches Krebsregister

Ansatz im Entwurf 2022	100.000 €
Änderung (+/-):	+ 220.000 €
Ansatz neu:	320.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022

Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
38	07 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	220.000 €
insgesamt:				220.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Investitionsbedarf für Auf-, Um- und Ausbau des gemeinsamen klinischen Krebsregisters Berlin-Brandenburg.

Weniger in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022.

Begründung:

Das Land Brandenburg hat die Aufgabe, klinische Krebsregister zur Verbesserung der onkologischen Versorgung einzurichten.

Die Kürzung dieses Ansatzes widerspricht dem Ziel der Aufgabenübertragung. Das Krebsregister Berlin-Brandenburg wertet Daten aus und erstellt Rückberichte an die Melder. Es schafft somit eine größere Transparenz in der Krebsversorgung und sorgt so für mehr Qualität in der Onkologie.

Die Mittel für die notwendigen Investitionen des gemeinsamen klinischen Krebsregisters sollten daher mindestens in Höhe des Vorjahresansatzes zur Verfügung gestellt werden.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

Einzelplan 07**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 65	Kapitel: 0 7 0 4 0	Titel: 6 3 3 8 6
Zweckbestimmung: Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte		

Stichwort: Keine Sparvorhaben im Bereich von psychisch Kranken und Suchtkranken

Ansatz im Entwurf 2022	1.800.000 €
Änderung (+/-):	+36.800 €
Ansatz neu:	1.836.800 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
108	07 070	684 95	Maßnahmen zur Förderung von überregionalen Projekten zur Verbesserung der Aufnahme- und Integrationsbedingungen	36.800 €
				€
insgesamt:				36.800 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Auch wenn das Land Brandenburg Einsparungen vornehmen muss, ist es unmoralisch dies ausgerechnet beim Thema psychisch Kranke und Suchtkranke umzusetzen. Gleichzeitig wachsen sinnlose Titel stark an, welche kaum Berührungspunkte mit dem realen Leben der Bürger haben, wie der zu gesundheitspolitischen Maßnahmen im Klimawandelkontext (S. 61, Titel 541 81). Dies ist inakzeptabel. Die Landesregierung spricht bei diesem Titel zwar von einer bedarfsgerechten Anpassung, jedoch besteht durch die Corona-Lockdownmaßnahmen wiederum die Gefahr steigender Zahlen von psychisch Behandlungsbedürftigen. Es sollte keine Absenkung des Titels erfolgen. Als Deckungsquelle eignet sich der angegebene Titel im Sinne einer angestrebten Beendigung der Prodigalität im Bereich der Integration von Ein- und Zuwanderern.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

Einzelplan 07**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 65	Kapitel: 0 7 0 4 0	Titel: 6 8 4 8 6
Zweckbestimmung: Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen		

Stichwort: Keine Sparvorhaben im Bereich von psychisch Kranken und Suchtkranken
--

Ansatz im Entwurf 2022	600.000 €
Änderung (+/-):	+8.700 €
Ansatz neu:	608.700 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
61	07 040	526 81	Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben	8.700 €
insgesamt:				8.700 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Auch wenn das Land Brandenburg Einsparungen vornehmen muss, ist es unmoralisch dies ausgerechnet beim Thema psychisch Kranke und Suchtkranke umzusetzen. Gleichzeitig wachsen sinnlose Titel stark an, welche kaum Berührungspunkte mit dem realen Leben der Bürger haben, wie der zu gesundheitspolitischen Maßnahmen im Klimawandelkontext. Dies ist inakzeptabel. Die Landesregierung spricht bei diesem Titel zwar von einer bedarfsgerechten Anpassung, jedoch besteht durch die Corona-Lockdownmaßnahmen wiederum die Gefahr steigender Zahlen von psychisch Behandlungsbedürftigen. Es sollte keine Absenkung des Titels erfolgen.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan – 07 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 74	Kapitel: 0 7 0 5 0	Titel: 8 9 1 6 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen		

Stichwort: Förderung der Investitionen von Krankenhäusern sowie gleichgestellten Einrichtungen

Ansatz im Entwurf 2022	72.018.300 €
Änderung (+/-):	+ 70.000.000 €
Ansatz neu:	142.018.300 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

*Einnahmen ausgezahlter und nicht verwendeter Fördermittel sowie Einnahmen aus der Verwendungsnachweisprüfung fließen den Ausgaben zu.
Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.*

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei: Einzelplan 20

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
28	20 020	971 10	Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der CORONA-Pandemie in allen Einzelplänen	70.000.000 €
insgesamt:				70.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Nach wie vor besteht ein großer Investitionsstau bei den Brandenburger Krankenhäusern, den die Corona-Krise einerseits deutlich zutage förderte, der sich aber andererseits durch diese zusätzlich potenzierte. Bereits seit Jahren formuliert die Landeskrankenhausesellschaft, dass der eigentliche Investitionsbedarf der Krankenhäuser bei etwa 180 Millionen Euro liegt. Mit einer Erhöhung um 20 Millionen im Doppelhaushalt 2019/2020 ging man einen Schritt in die richtige Richtung. Seitdem gab es jedoch keine weiteren Verbesserungen trotz steigender Anforderungen und Bedarfe. Um die Häuser einem Standard anzugleichen, der den länger andauernden Pandemiezeiten sowie den sonstigen Anforderungen an eine qualitativ hochwertige Versorgung einer dem demografischen Wandel unterliegenden Bevölkerung in einem Flächenland standhält, ist eine Erhöhung der Mittel zwingend erforderlich.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan: 07 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 103	Kapitel: 0 7 0 7 0	Titel: 6 8 4 9 2
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		

Stichwort: TGr. 92 Behindertenpolitisches Maßnahmenpaket

Ansatz im Entwurf 2022	88.800 €
Änderung (+/-):	+ 11.200 €
Ansatz neu:	100.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 07				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
38	07 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

~~Weniger in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022.~~

Begründung:

Das Behindertenpolitische Maßnahmenpaket ist zu evaluieren und fortzuschreiben. Gerade Menschen mit Behinderungen erlitten Einschränkungen in der Pandemie in besonders schwerer Weise. Zudem waren sie zusätzlich durch notwendige Maßnahmen wie die Corona-Entschädigungsleistungen belastet indem man das dafür notwendige Personal unter anderem aus der Abteilung für Schwerbehindertenangelegenheiten zog bzw. zieht. Zusätzlich braucht die Erarbeitung der Rahmenvereinbarung Frühförderung mindestens 6 Monate, die 3. Reformstufe der Eingliederungshilfe wurde um 1,5 Jahre vertagt und Verbesserungen beim Landespflegegeld stehen ebenso wenig in Aussicht. Weitere Einbußen zulasten der Menschen mit Behinderungen sind also weder erklärbar noch akzeptabel. Deshalb kann und darf in diesem Bereich nicht gekürzt werden.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

Einzelplan 07

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 103	Kapitel: 0 7 0 7 0	Titel: 6 8 4 9 2
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		

Stichwort: Keine Sparvorhaben im Bereich von behinderten Menschen

Ansatz im Entwurf 2022	88.000 €
Änderung (+/-):	+12.000 €
Ansatz neu:	100.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
108	07 070	684 95	Maßnahmen zur Förderung von überregionalen Projekten zur Verbesserung der Aufnahme- und Integrationsbedingungen	12.000 €
				€
insgesamt:				12.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Auch wenn das Land Brandenburg Einsparungen vornehmen muss, ist es unmoralisch dies ausgerechnet beim Thema behinderte Menschen umzusetzen. Gleichzeitig wachsen sinnlose Titel stark an, welche kaum Berührungspunkte mit dem realen Leben der Bürger haben, wie der zu gesundheitspolitischen Maßnahmen im Klimawandelkontext (S. 61, Titel 541 81). Dies ist inakzeptabel. Es sollte keine Absenkung des Titels erfolgen. Als Deckungsquelle eignet sich der angegebene Titel im Sinne einer angestrebten Beendigung der Prodigalität im Bereich der Integration von Ein- und Zuwanderern.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

07 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 105	Kapitel: 0 7 0 7 0	Titel: 6 3 3 9 3
Zweckbestimmung: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		

Stichwort: Pakt für Pflege I

Ansatz im Entwurf 2022	12.000.000 €
Änderung (+/-):	+ 1.700.000 €
Ansatz neu:	13.700.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022

Ansatz im Entwurf: 24.000.000 €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

	+ 30.800.000 €
2023	+ 1.700.000 €
2024	+ 1.700.000 €
2025	+ 13.700.000 €
2026	+ 13.700.000 €

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

	54.800.000 €
2023	+ 13.700.000 €
2024	+ 13.700.000 €
2025	+ 13.700.000 €
2026	+ 13.700.000 €

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
38	07 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	1.700.000 €
insgesamt:				1.700.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Veranschlagt sind Mittel für den Pakt für Pflege, der Maßnahmen zu folgenden Themen umfasst:

- Stärkung der Pflege vor Ort
- Ausbau der Pflegeberatung, insbesondere durch Pflegestützpunkte.

Die im Haushaltsjahr 2021 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung mit Fälligkeit in 2023 und 2024 wird nicht in Anspruch genommen. Weniger in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022.

Begründung:

Mit dem Pakt für Pflege soll

- die Pflege vor Ort gestärkt und nachhaltig gestaltet,
- Pflegebedürftige und ihre Angehörigen insbesondere im ländlichen Raum entlastet,
- Beratungsstrukturen ausgebaut und
- die Fachkräftesicherung in der Pflege durch attraktive Ausbildungs- und Beschäftigungsbedingungen

gefördert werden.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der zunehmenden Alterung der Gesellschaft ist gerade die Pflege eine besondere Herausforderung für die Zukunft. Aus diesem Grund darf an dieser Stelle nicht gespart werden, sondern bestehende Strukturen und Angebote sind mindestens auf gleichem Niveau fortzuführen bzw. auszubauen.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

07 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 105	Kapitel: 0 7 0 7 0	Titel: 6 8 4 9 3
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		

Stichwort: Pakt für Pflege II

Ansatz im Entwurf 2022	1.000.000 €
Änderung (+/-):	+ 900.000 €
Ansatz neu:	1.900.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	1.990.000 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+ 5.610.000 €
2023	+ 1.250.000 €
2024	+ 1.230.000 €
2025	+ 1.230.000 €
2026	+ 1.900.000 €

Ansatz neu mit Fälligkeiten:	7.600.000 €
2023	+ 1.900.000 €
2024	+ 1.900.000 €
2025	+ 1.900.000 €
2026	+ 1.900.000 €

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
38	07 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	900.000 €
insgesamt:				900.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Veranschlagt sind Mittel für den Pakt für Pflege, der Maßnahmen insbesondere zu folgenden Themenbereichen umfasst:

- Fortführung der zentralen Maßnahmen der bisherigen Pflegeoffensive
- Sozialräumliche Ansätze zur Verzögerung, Verminderung oder Verhinderung des Entstehens von Pflegebedürftigkeit sowie zur Stärkung der Pflege vor Ort
- Stabilisierung des Anteils ambulanter pflegerischer Versorgung durch Unterstützung und Entlastung pflegender Angehöriger sowie Weiterentwicklung der Pflegeberatung, insbesondere in Pflegestützpunkten
- Verbesserung der Kooperation innerhalb der pflegerischen Versorgungsstrukturen und mit angrenzenden Bereichen
- Fachkräfteentwicklung und Fachkräftesicherung in der Pflege

Weniger in Anpassung an den Bedarf

Begründung:

Mit dem Pakt für Pflege soll

- die Pflege vor Ort gestärkt und nachhaltig gestaltet,
- Pflegebedürftige und ihre Angehörigen insbesondere im ländlichen Raum entlastet,
- Beratungsstrukturen ausgebaut und
- die Fachkräftesicherung in der Pflege durch attraktive Ausbildungs- und Beschäftigungsbedingungen

gefördert werden.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der zunehmenden Alterung der Gesellschaft ist gerade die Pflege eine besondere Herausforderung für die Zukunft. Aus diesem Grund darf an dieser Stelle nicht gespart werden, sondern bestehende Strukturen und Angebote sind mindestens auf gleichem Niveau fortzuführen bzw. auszubauen.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 07 – Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 107	Kapitel: 0 7 0 7 0	Titel: 6 8 4 9 4
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		

Stichwort:	Armutsbekämpfung
-------------------	------------------

Ansatz im Entwurf 2022	106.600	€
Änderung (+/-):	493.400	€
Ansatz neu:	600.000	€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)
--

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	439.400 €
insgesamt:				493.400 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Die Bekämpfung von Armut und deren Folgen sowie deren Vermeidung muss als zentrales sozialpolitisches Ziel klar angegangen werden. Besonders jenen, die es nicht aus eigener Kraft schaffen, der Armutsspirale zu entkommen, muss Unterstützung angeboten werden. Gerade Kinder- und Familienarmut dürfen in einem wohlhabenden Land wie Deutschland nicht hingenommen werden. Im Zuge der Corona-Pandemie haben sich soziale Missstände noch deutlicher herauskristallisiert. 15,2 Prozent aller Brandenburger gelten als armutsgefährdet. Bei den Alleinerziehenden ist die Quote sogar gestiegen und liegt bei über 45 Prozent. Bei kinderreiche Familien (bei der Haushaltsgröße zwei Erwachsene mit drei oder mehr Kindern) stieg die Quote von 26,9 im Jahr 2010 auf 32,7 Prozent in 2019. Ein Fünftel der Kinder unter 18 Jahren (21,0 %), über ein Viertel (26,4 %) der Personen im Ausbildungsalter und von den über 65-Jährigen immer noch 12,0 % sind ebenfalls von Armut bedroht.

Im Koalitionsvertrag räumt die Koalition der Bekämpfung von (Kinder-)Armut einen hohen Stellenwert ein. Da Armut häufig zu einer langanhaltenden sozialen Ausgrenzung führt, bedarf es einer Gesamtstrategie. Entsprechend des Koalitionsvertrages sollen die Handlungsempfehlungen umgesetzt und weiterentwickelt werden. Im Zuge der Corona-Pandemie sind erhebliche soziale Missstände deutlich geworden. Daher gilt es, diese negativen Folgen für alle von Armut betroffenen beziehungsweise bedrohten Brandenburger Bürgerinnen und Bürger abzumildern, indem soziale Beratungs- und Hilfsstrukturen ausgebaut und gestärkt werden.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

Einzelplan 07**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 107	Kapitel: 0 7 0 7 0	Titel: 6 8 4 9 4
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		

Stichwort: Keine Sparvorhaben im Bereich der Armutsbekämpfung

Ansatz im Entwurf 2022	106.600 €
Änderung (+/-):	+13.400 €
Ansatz neu:	120.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
118	07 080	526 90	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	13.400 €
insgesamt:				13.400 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Auch wenn das Land Brandenburg Einsparungen vornehmen muss, ist es unmoralisch dies ausgerechnet beim Thema Armutsbekämpfung umzusetzen. Gleichzeitig wachsen sinnlose Titel stark an, welche kaum Berührungspunkte mit dem realen Leben der Bürger haben, wie der zu gesundheitspolitischen Maßnahmen im Klimawandelkontext (S. 61, Titel 541 81). Dies ist inakzeptabel. Es sollte keine Absenkung des Titels erfolgen. Als Deckungsquelle eignet sich der angegebene Titel im Sinne einer angestrebten Beendigung der Prodigalität im Bereich der Bekämpfung von imaginierten, schon lange nicht mehr existierenden Unterdrückungsstrukturen.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan: 07 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 111	Kapitel: 0 7 0 8 0	Titel: 6 8 1 1 0
Zweckbestimmung: Landesförderprogramm zur Kinderwunschbehandlung im Land Brandenburg		

Stichwort: Kinderwunschbehandlung

Ansatz im Entwurf 2022	209.600 €
Änderung (+/-):	+ 240.400 €
Ansatz neu:	450.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 07				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
38	07 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Mittel dienen einer Unterstützung von Ehepaaren und nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit unerfülltem Kinderwunsch. Hierzu wurde die bestehende Fördermöglichkeit des Bundes durch ein eigenes Landesförderprogramm ergänzt. Fördergrundlage bildete die Richtlinie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion im Land Brandenburg (Amtsblatt für Brandenburg Nr. 1 vom 13. Januar 2021). Die Förderung endete 2021. Die veranschlagten Mittel dienen der Ausfinanzierung von Bewilligungen aus 2021 und der Fortführung des Programms in 2022. ~~Weniger in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022.~~

Begründung:

Bei der Finanzierung der Kinderwunschbehandlung handelt es sich um eine anteilige Finanzierung eines Bundesförderprogramms. Brandenburg ist das 1. Bundesland, was diese Co-Finanzierung beenden wird. Vor dem Hintergrund, dass sich Eltern ihren Wunsch auf ein Kind erfüllen können sollten und ihnen dazu jede Unterstützung zuteilwerden muss, ist die Kürzung nicht nachvollziehbar. Brandenburg möchte ein familienfreundliches Bundesland sein. Dieses Ziel ist mit der geplanten Kürzung nicht erreichbar.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

Einzelplan 07

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 111	Kapitel: 0 7 0 8 0	Titel: 6 8 1 1 0
Zweckbestimmung: Landesförderprogramm zur Kinderwunschbehandlung im Land Brandenburg		

Stichwort: Keine Kürzung der Mittel zur Kinderwunschbehandlung angesichts der niedrigen Geburtenrate

Ansatz im Entwurf 2022	209.600 €
Änderung (+/-):	+240.400 €
Ansatz neu:	450.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
108	07 070	684 95	Maßnahmen zur Förderung von überregionalen Projekten zur Verbesserung der Aufnahme- und Integrationsbedingungen	240.400 €
				€
insgesamt:				240.400 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Das Land Brandenburg steht vor einer demografischen Katastrophe. Im Jahre 2030 wird jeder dritte Brandenburger über 65 Jahre alt sein. Diese Entwicklung stellt letztendlich die Existenzfrage für unser Volk, unsere Art zu leben und unsere Versorgungspraktiken für die älteren Generationen. Abgesehen von einem Bedeutungsverlust im internationalen Wettbewerb durch eine kleiner werdende Population, bewirkt das größer werdende Missverhältnis von älteren zu jüngeren Menschen eine immer schwierigere Finanzierung zukünftiger Renten. Teilweise wird sogar davon ausgegangen, dass bereits im Jahre 2030 100 Beitragszahler bis zu 96 Rentnern gegenüberstehen. Die Folgen werden immer niedrigere Renten und damit einhergehende Altersarmut einerseits und andererseits kaum mehr zu schulternde Belastungen für die durch einen zunehmend aufgeblähten Sozialstaat sowieso schon hoch belastete arbeitende Bevölkerung sein. Eine niedrige Geburtenrate treibt außerdem die kulturelle und vor allem identitätsbezogene Spaltung der Gesellschaft weiter voran, wodurch irgendwann bei Wahlen ein Abstimmungsverhalten in ethnokulturellen Gruppen einsetzt, Sachfragen zunehmend an den Rand gedrängt werden und der Demokratie schlussendlich ihre Grundlage entzogen wird. Dies gilt es dringendst zu verhindern. Unabhängig davon ob man für eine unbeschränkte Ein- und Zuwanderungspolitik mit Niederlassungsrecht für fast jedermann oder für eine restriktivere Ein- und Zuwanderungspolitik mit Einwanderung nach Bedarf und Zuwanderung nur für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge steht, existiert ein Personenkreis, an dessen erfolgreicher Integration alle politischen Lager und Richtungen ein Interesse besitzen. Dasselbe gilt für die Aufrechterhaltung des mit den Rentensystemen verbundenen Generationenvertrages. Die Erhöhung der Fertilitätsrate muss logischerweise eine konsensuale Bestrebung der gesamten deutschen und märkischen Politik sein.

Angesichts dessen ist es, auch wenn das Land Brandenburg Einsparungen vornehmen muss, strikt abzulehnen, dass dies beim Thema Kinderwunschbehandlung umgesetzt wird. Als Deckungsquelle eignet sich der angegebene Titel im Sinne einer angestrebten Beendigung der Prodigalität im Bereich der Integration von Ein- und Zuwanderern.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan: 07 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 113	Kapitel: 0 7 0 8 0	Titel: 5 3 3 6 5
Zweckbestimmung: Aufwendungen für den Landesbeirat für Familienpolitik		

Stichwort: TGr. 65 Förderung von Frauen und Familien

Ansatz im Entwurf 2022	9.600 €
Änderung (+/-):	+ 10.400 €
Ansatz neu:	20.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 07				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
38	07 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

~~Weniger in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022.~~

Begründung:

Um Informationen zu aktuellen Anforderungen an eine moderne Familienpolitik in Brandenburg zu gewinnen, wurden Expertinnen und Experten sowie Familien im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie im Auftrag des Familienministeriums 2018/2019 befragt. Bei der Befragung standen die Bedarfe von Familien, eine Einschätzung zur Familienfreundlichkeit Brandenburgs und ausgewählte familienpolitische Maßnahmen des Landes im Mittelpunkt. Im Abschlussbericht wird u.a. empfohlen, zur Stärkung partizipativer Elemente einen Landesfamilienbeirat wiedereinzuführen. Der neue Familienbeirat des Landes Brandenburg ist im Juni 2021 gegründet worden. Das Gremium aus 15 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Landesregierung, Kommunen, Kirche und Vereinen soll dazu beitragen, im Land ein kinder- und familienfreundliches Klima in der Lebens- und Arbeitswelt zu befördern und weiterzuentwickeln. Die mit dem Haushaltsentwurf 2022 geplanten Einsparungen gefährdet nicht nur die Arbeitsfähigkeit des Familienbeirates schon bevor dieser seine eigentliche Tätigkeit aufgenommen hat. Mit der angedachten Kürzung wird die Institution Familienbeirat als Ganzes in Frage gestellt. Dies kann und darf nicht gewollt sein. Deshalb muss die Kürzung rückgängig gemacht werden.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

Einzelplan 07

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 113	Kapitel: 0 7 0 8 0	Titel: 5 3 3 6 5
Zweckbestimmung: Aufwendungen für den Landesbeirat für Familienpolitik		

Stichwort: Keine Kürzung der Mittel für den Landesfamilienbeirat angesichts der niedrigen Geburtenrate

Ansatz im Entwurf 2022	9.600 €
Änderung (+/-):	+10.400 €
Ansatz neu:	20.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
108	07 070	684 95	Maßnahmen zur Förderung von überregionalen Projekten zur Verbesserung der Aufnahme- und Integrationsbedingungen	10.400 €
				€
insgesamt:				10.400 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Das Land Brandenburg steht vor einer demografischen Katastrophe. Im Jahre 2030 wird jeder dritte Brandenburger über 65 Jahre alt sein. Diese Entwicklung stellt letztendlich die Existenzfrage für unser Volk, unsere Art zu leben und unsere Versorgungspraktiken für die älteren Generationen. Abgesehen von einem Bedeutungsverlust im internationalen Wettbewerb durch eine kleiner werdende Population, bewirkt das größer werdende Missverhältnis von älteren zu jüngeren Menschen eine immer schwierigere Finanzierung zukünftiger Renten. Teilweise wird sogar davon ausgegangen, dass bereits im Jahre 2030 100 Beitragszahler bis zu 96 Rentnern gegenüberstehen. Die Folgen werden immer niedrigere Renten und damit einhergehende Altersarmut einerseits und andererseits kaum mehr zu schulternde Belastungen für die durch einen zunehmend aufgeblähten Sozialstaat sowieso schon hoch belastete arbeitende Bevölkerung sein. Eine niedrige Geburtenrate treibt außerdem die kulturelle und vor allem identitätsbezogene Spaltung der Gesellschaft weiter voran, wodurch irgendwann bei Wahlen ein Abstimmungsverhalten in ethnokulturellen Gruppen einsetzt, Sachfragen zunehmend an den Rand gedrängt werden und der Demokratie schlussendlich ihre Grundlage entzogen wird. Dies gilt es dringendst zu verhindern. Unabhängig davon ob man für eine unbeschränkte Ein- und Zuwanderungspolitik mit Niederlassungsrecht für fast jedermann oder für eine restriktivere Ein- und Zuwanderungspolitik mit Einwanderung nach Bedarf und Zuwanderung nur für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge steht, existiert ein Personenkreis, an dessen erfolgreicher Integration alle politischen Lager und Richtungen ein Interesse besitzen. Dasselbe gilt für die Aufrechterhaltung des mit den Rentensystemen verbundenen Generationenvertrages. Die Erhöhung der Fertilitätsrate muss logischerweise eine konsensuale Bestrebung der gesamten deutschen und märkischen Politik sein. Trotzdem wird das Thema Geburtenrate politisch kaum adressiert. Es herrscht mangels klarer Zielstellung eine Orientierungslosigkeit in der Familienpolitik. Außerdem werden Unsummen an Steuergeld für diverse ideologische oder sogar demokratiezersetzende Projekte ausgegeben. Das Land Brandenburg sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und mit einer Umschichtung der Gelder weg von unnötigen, ineffektiven oder sogar schädlichen Projekten hin zu zukunftsentscheidenden Problemfeldern, wie z.B. der Familienpolitik, beginnen.

Angesichts dessen all dessen ist eine Absenkung der Mittel für den Familienbeirat nicht zu verantworten. Als Deckungsquelle eignet sich der angegebene Titel im Sinne einer angestrebten Beendigung der Prodigalität im Bereich der Integration von Ein- und Zuwanderern.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

Einzelplan 07

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 113	Kapitel: 0 7 0 8 0	Titel: 5 4 1 6 5
Zweckbestimmung: Durchführung von Veranstaltungen, Fortbildungs- und Informationstagungen		

Stichwort: Frauenschutzmaßnahmen - Einsatz für die internationale Ächtung der Leihmutterchaft

Ansatz im Entwurf 2022	2.300 €
Änderung (+/-):	+20.000 €
Ansatz neu:	22.300 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
55	07 040	633 60	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	20.000 €
				€
insgesamt:				20.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Mittel sind vorgesehen für:

		2022 EUR
1.	Fortbildungen für Frauenhausmitarbeiterinnen, Beratungskräfte der Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, Fachtagungen, Öffentlichkeitsarbeit	2.300
2.	<u>Durchführung von Veranstaltungen und die Beschaffung von Werbematerialien, die zum Ziel haben eine internationale Ächtung der Leihmutterschaft voranzutreiben.</u>	<u>20.000</u>
Summe		22.300

Begründung:

Das Verbot der Leihmutterschaft wird vermehrt mit einer falsch verstandenen Prämisse der Freiheit und des Machbaren in Frage gestellt. Leihmutterschaft verletzt jedoch die Würde der betroffenen Frauen, die zu einer Art Brutkasten degradiert werden, genauso wie die der Kinder, die zur Ware werden, die gekauft werden kann.

Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen jedoch, dass sich die Legalität von Leihmutter-schaft in ein kommerzielles System verwandelt, deren treibende Kraft dann die dahinterstehenden Vermittlungsagenturen sind. Dieses System ist ein unmoralisches Geschäftsmodell, in dem selbst gesunde reproduktionsfähige Eltern sich, aus reiner Bequemlichkeit, eine Leihmutter suchen und die wirtschaftliche Not von Frauen in Entwicklungsländern zu deren körperlichen und seelischen Ausbeutung ausgenutzt wird.

Die Leihmütter setzen sich einem gesundheitlichen Risiko aus, das in manchen Fällen auch schon zum Tode führte. Auch werden sie zum Teil aufgrund finanzieller Not von ihren Ehemännern dazu gedrängt. Die Leihmütter verpflichten sich auch zur Unfreiheit ihres Lebensstils. Dies reicht von Vorschriften bei der Nahrungsaufnahme bis zu Leihmütter-herbergen in denen der Alltag der Frauen genau kontrolliert wird, um sicherzustellen, dass die Schwangerschaft genau nach den Vorstellungen der Auftragseltern abläuft. Selbst eine Pflicht zur Abtreibung von Kindern, die voraussichtlich behindert zur Welt kommen, besteht. Sollte das Kind unvorhergesehen behindert zur Welt kommen kann dies zu rechtlichen und praktischen Konflikten führen. Allgemein sind die rechtlichen Regeln alles andere als wasserdicht, mancherorts sind Verträge zur Leihmutterschaft zwar erlaubt, aber nicht bindend, was oft zu jahrelangen juristischen Auseinandersetzungen führt.

Nicht nur körperlich werden die Leihmütter strapaziert. Die Trennung von dem neun Monate lang ausgetragenen Kind und die erzwungene Lösung der sich natürlich entwickelten emotionalen Bindung, kann eine enorme psychische Belastung darstellen. Die Kinder sind in dieser Hinsicht ebenfalls betroffen, ihnen wird die erste natürliche engste Bezugsperson genommen. Später sucht fast jedes herangewachsene Kind nach seinen leiblichen Eltern. Oft fühlen sich die Betroffenen heimat- und wurzellos und können deshalb Identifikations- bzw. Identitätsprobleme entwickeln. Eine Suche nach den leiblichen Eltern gestaltet sich wegen der gewollten Anonymität des Geschäftsmodells Leihmutterschaft jedoch häufig schwierig.

Auch körperliche Folgeschäden wurden schon festgestellt: Kinder, die von einer Leihmutter ausgetragen wurden, weisen oft schon in jungen Jahren eine erhöhte Anfälligkeit für Bluthochdruck und eine frühzeitige Alterung der Blutgefäße auf. Somit wird die Frage der Leihmutterschaft auch zu einem Thema der öffentlichen Gesundheit und des Gesundheitssystems.

Ethisch fraglich ist auch die im Zusammenhang mit Leihmutterschaften häufig angewandte In-vitro-Fertilisation, bei der eine große Zahl überschüssiger, aber lebensfähiger Embryonen getötet wird. Der Trend zu Designerbabys wird hiermit angestoßen. Bei manchen Agenturen kann man schon Babys nach Geschlecht „bestellen“. Auf die Nebenwirkung von Hormonbehandlungen von Frauen zur erhöhten Eizellenproduktion sei ebenfalls verwiesen.

Aufgrund all dessen ist die Leihmutterschaft in Deutschland offiziell verboten. Dies wird jedoch häufig über den Umweg der Leihmutterschaft im Ausland umgangen. Das Verbot ist aus genannten Gründen jedoch absolut gerechtfertigt. Dem Druck dieses aufzuweichen, der sich aufgrund eines radikalen Primat des Wunsches des Einzelnen entfaltet, darf nicht nachgegeben werden.

Während sich die Weltöffentlichkeit beim Organhandel schon völlig einig ist, dass dieser auf keinen Fall legal sein darf, auch weil er Menschen in wirtschaftlich schwachen Ländern zur Ausbeutung ihres Körpers verleiten würde, fehlt diese Erkenntnis in Bezug auf die Leihmutterschaft leider noch. Darum sollte sich Deutschland dafür einsetzen, dass die Leihmutterschaft, nach Vorbild des Organhandels, auch international geächtet wird.

Es gibt kein Recht auf Kinder, schon gar nicht ohne Rücksicht auf Verluste. Im Gegenteil erscheint viel eher das Recht eines Kindes auf seine Eltern als logisches moralisches Gebot.

Außerdem müssen nicht mehr verhältnismäßige Coronamaßnahmen abgeschafft werden, es ist Zeit für eine Rückkehr zur Normalität. Deshalb können auch deren Kosten eingespart und sinnvoller verwendet werden.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

Einzelplan 07**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 114	Kapitel: 0 7 0 8 0	Titel: 6 8 1 6 5
Zweckbestimmung: Zuschüsse an natürliche Personen		

Stichwort: Zukunft für Brandenburg – Baby-Willkommensbox einführen und gesellschaftlichen Fortbestand unterstützen

Ansatz im Entwurf 2022	370.000 €
Änderung (+/-):	+3.200.000 €
Ansatz neu:	3.570.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
29	20 020	972 10	Globale Minderausgaben	3.200.000 €
insgesamt:				3.200.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Veranschlagt sind Mittel zur Umsetzung der Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für Familienferienreisen und zur Finanzierung von Baby-Willkommensboxen für werdende Eltern, nach finnischem Vorbild.

Begründung:

Das Land Brandenburg steht vor einer demografischen Katastrophe. Im Jahre 2030 wird jeder dritte Brandenburger über 65 Jahre alt sein. Diese Entwicklung stellt letztendlich die Existenzfrage für unser Volk, unsere Art zu leben und unsere Versorgungspraktiken für die älteren Generationen. Abgesehen von einem Bedeutungsverlust im internationalen Wettbewerb durch eine kleiner werdende Population, bewirkt das größer werdende Missverhältnis von älteren zu jüngeren Menschen eine immer schwierigere Finanzierung zukünftiger Renten. Teilweise wird sogar davon ausgegangen, dass bereits im Jahre 2030 100 Beitragszahler bis zu 96 Rentnern gegenüberstehen. Die Folgen werden immer niedrigere Renten und damit einhergehende Altersarmut einerseits und andererseits kaum mehr zu schulternde Belastungen für die durch einen zunehmend aufgeblähten Sozialstaat sowieso schon hoch belastete arbeitende Bevölkerung sein. Eine niedrige Geburtenrate treibt außerdem die kulturelle und vor allem identitätsbezogene Spaltung der Gesellschaft weiter voran, wodurch irgendwann bei Wahlen ein Abstimmungsverhalten in ethnokulturellen Gruppen einsetzt, Sachfragen zunehmend an den Rand gedrängt werden und der Demokratie schlussendlich ihre Grundlage entzogen wird. Dies gilt es dringendst zu verhindern. Unabhängig davon ob man für eine unbeschränkte Ein- und Zuwanderungspolitik mit Niederlassungsrecht für fast jedermann oder für eine restriktivere Ein- und Zuwanderungspolitik mit Einwanderung nach Bedarf und Zuwanderung nur für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge steht, existiert ein Personenkreis, an dessen erfolgreicher Integration alle politischen Lager und Richtungen ein Interesse besitzen. Dasselbe gilt für die Aufrechterhaltung des mit den Rentensystemen verbundenen Generationenvertrages. Die Erhöhung der Fertilitätsrate muss logischerweise eine konsensuale Bestrebung der gesamten deutschen und märkischen Politik sein. Trotzdem wird das Thema Geburtenrate politisch kaum adressiert. Es herrscht mangels klarer Zielstellung eine Orientierungslosigkeit in der Familienpolitik. Außerdem werden Unsummen an Steuergeld für diverse ideologische oder sogar demokratiezersetzende Projekte ausgegeben. Das Land Brandenburg sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und mit einer Umschichtung der Gelder weg von unnötigen, ineffektiven oder sogar schädlichen Projekten hin zu zukunftsentscheidenden Problemfeldern, wie z.B. der Familienpolitik, beginnen. Eine erste Maßnahme, welche vergleichsweise preiswert, sowohl symbolisch den höheren Stellenwert von familien- und geburtenfördernder

Politik unterstreichen als auch eine praktikable Hilfestellung für junge Familien darstellen würde, wäre z.B. die Einführung einer Baby-Willkommensbox nach finnischem Vorbild.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan: 07 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 114	Kapitel: 0 7 0 8 0	Titel: 6 8 4 6 5
Zweckbestimmung: Zuschüsse an freie Träger		

Stichwort: TGr. 65 Förderung von Frauen und Familien

Ansatz im Entwurf 2022	2.104.400 €
Änderung (+/-):	+ 188.000 €
Ansatz neu:	2.292.400 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 07				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
38	07 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

„Familien sind das Rückgrat unseres Landes. Familie ist da, wo Kinder sind, wo Menschen ihr Leben miteinander teilen und wo Generationen füreinander Verantwortung tragen. Die Koalition fördert eine zielgruppengenaue Familienpolitik, für die Mutter-Vater-Kind(er)-Familie, für Alleinerziehende, Patchwork-, Pflege- oder Regenbogenfamilien.“ Dies hat sich die Regierungskoalition in ihren Koalitionsvertrag geschrieben.

Die Folgen der Corona-Krise trugen in erster Linie die Familien, die ihre Kinder zuhause betreuten und beschulten während sie selbst im Homeoffice arbeiteten. Der Hilfe- und Beratungsbedarf ist seither gestiegen.

Eine wirksame Unterstützung von Familien kann nur gelingen, wenn man die Wohnortkommunen einbezieht: In den Städten und Gemeinden müssen die Unterstützungsbedarfe familiennah erfasst und familienzentriert erfüllt werden. Die mit dem Haushaltsentwurf 2022 geplanten Kürzungen, unter anderem sollen 1,5 Vollzeitstellen bei den Familienverbänden wegfallen, werden dieser Unterstützung nicht gerecht. In einer Zeit, in der gerade Familien die Hauptlast der Pandemie trugen und tragen, sind deren Folgen nicht noch auf ihrem Rücken auszutragen. Hier müsste aufgestockt statt gekürzt werden. Zumindest aber muss die Förderung auf dem bisherigen Stand erhalten bleiben.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

Einzelplan 07

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 115	Kapitel: 0 7 0 8 0	Titel: 6 8 6 6 5
Zweckbestimmung: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke		

Stichwort: Zukunft für Brandenburg – Traditionelles Familienleben und gesellschaftlichen Fortbestand unterstützen und fördern

Ansatz im Entwurf 2022	0 €
Änderung (+/-):	+2.992.900 €
Ansatz neu:	2.992.900 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
26	07 010	511 70	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	500 €
27	07 010	526 70	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	17.400 €
27	07 010	531 70	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	5.500 €
27	07 010	539 70	Integrationspreis des Landes Brandenburg	7.500 €
27	07 010	541 70	Aufwendungen für Veranstaltungen	4.000 €
27	07 010	681 70	Humanitäre Soforthilfe für natürliche Personen	3.200 €
27	07 010	684 70	Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger	1.274.500 €
32	07 010	531 90	Kosten für Veröffentlichungen, Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit	4.700 €
32	07 010	541 90	Aufwendungen für Veranstaltungen und Tagungen	4.700 €
32	07 010	684 90	Zuwendungen für laufende Zwecke an freie Träger	121.500
42	07 020	685 20	Mitgliedsbeiträge an Vereine und Gesellschaften	6.800 €
55	07 040	633 60	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.050.800 €
55	07 040	671 60	Erstattungen an sonstige Bereiche	150.000 €
61	07 040	526 81	Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben	18.300 €
61	07 040	541 81	Aufwendungen für die Unterstützung von Gesundheitszielen	48.000 €
108	07 070	684 95	Maßnahmen zur Förderung von überregionalen Projekten zur Verbesserung der Aufnahme- und Integrationsbedingungen	9.700 €
117	07 080	684 80	Zuschüsse an freie Träger für laufende Zwecke	114.700 €

118	07 080	526 90	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	1.000 €
118	07 080	533 90	Aufwendungen für Veranstaltungen, Tagungen und Lehrgänge	5.800 €
118	07 080	684 90	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	144.300 €
insgesamt:				2.992.900 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Mittel dieses Titels sind ausschließlich für Maßnahmen der Landesregierung zur Stärkung der traditionellen Familie im Land Brandenburg zu verwenden. Allgemeine/Unkonkrete Zuschüsse an freie Träger, soziale Einrichtungen und sonstige Organisationen aus diesem Titel sind untersagt, gezielte Förderungen von konkreten Projekten (der Träger) mit der genannten Zielstellung sind jedoch möglich. Maßnahmen zur Stärkung Angehörigenpflege sind hierfür ebenfalls als Familienförderung definiert.

Begründung:

Das Land Brandenburg steht vor einer demografischen Katastrophe. Im Jahre 2030 wird jeder dritte Brandenburger über 65 Jahre alt sein. Diese Entwicklung stellt letztendlich die Existenzfrage für unser Volk, unsere Art zu leben und unsere Versorgungspraktiken für die älteren Generationen. Abgesehen von einem Bedeutungsverlust im internationalen Wettbewerb durch eine kleiner werdende Population, bewirkt das größer werdende Missverhältnis von älteren zu jüngeren Menschen eine immer schwierigere Finanzierung zukünftiger Renten. Teilweise wird sogar davon ausgegangen, dass bereits im Jahre 2030 100 Beitragszahler bis zu 96 Rentnern gegenüberstehen. Die Folgen werden immer niedrigere Renten und damit einhergehende Altersarmut einerseits und andererseits kaum mehr zu schulternde Belastungen für die durch einen zunehmend aufgeblähten Sozialstaat sowieso schon hoch belastete arbeitende Bevölkerung sein. Eine niedrige Geburtenrate treibt außerdem die kulturelle und vor allem identitätsbezogene Spaltung der Gesellschaft weiter voran, wodurch irgendwann bei Wahlen ein Abstimmungsverhalten in ethnokulturellen Gruppen einsetzt, Sachfragen zunehmend an den Rand gedrängt werden und der Demokratie schlussendlich ihre Grundlage entzogen wird. Dies gilt es dringendst zu verhindern. Unabhängig davon ob man für eine unbeschränkte Ein- und Zuwanderungspolitik mit Niederlassungsrecht für fast jedermann oder für eine restriktivere Ein- und Zuwanderungspolitik mit Einwanderung nach Bedarf und Zuwanderung nur für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge steht, existiert ein Personenkreis, an dessen erfolgreicher Integration alle politischen Lager und Richtungen ein Interesse besitzen. Dasselbe gilt für die Aufrechterhaltung des mit den Rentensystemen verbundenen Generationenvertrages. Die Erhöhung der Fertilitätsrate muss logischerweise eine konsensuale Bestrebung der gesamten deutschen und märkischen Politik sein. Trotzdem wird das Thema Geburtenrate politisch kaum adressiert. Es herrscht mangels klarer Zielstellung eine Orientierungslosigkeit in der Familienpo-

litik. Außerdem werden Unsummen an Steuergeld für diverse ideologische oder sogar demokratiezersetzende Projekte ausgegeben. Das Land Brandenburg sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und mit einer Umschichtung der Gelder weg von unnötigen, ineffektiven oder sogar schädlichen Projekten hin zu zukunftsentscheidenden Problemfeldern, wie z.B. der Familienpolitik, beginnen. Über die konkrete Ausgestaltung der familienpolitischen Maßnahmen kann die Landesregierung auch selbst entscheiden, solange ihr Auftrag jedoch klar definiert ist. Deshalb ist ein Fonds in Form eines neuen Haushaltstitels mit einer entsprechenden verbindlichen Erläuterung zu schaffen, in den die Gelder sinnloser bis nachteiliger Maßnahmen und Projekte überführt werden. Zu diesen zweifelhaften Projekten und Maßnahmen, deren Gelder zu überführen sind, wird im Folgenden ausgeführt.

Die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen und Heterosexuellen ist in Deutschland und Brandenburg in Gänze erreicht. In kaum einem anderen Land weltweit herrscht zumindest in der einheimischen Bevölkerung eine so weitgehende Akzeptanz und Toleranz gegenüber sexuellen Minderheiten wie hierzulande. Artikel 3 Grundgesetz garantiert die Gleichheit vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung der Geschlechter und verbietet Diskriminierung und Bevorzugung aufgrund bestimmter Eigenschaften. Das gezielte Ansprechen der einzigen Personengruppen in unserer Bevölkerung in denen echte Homophobie noch weit verbreitet ist – nicht integrierte muslimische Parallelgesellschaften, in denen die Sharia faktisches Gesetz ist – unterbleibt zumeist, weshalb diese Personengruppen auch überhaupt nicht erreicht werden. Deshalb sind die meisten regierungsseitig geförderten Aktionen in diesem Bereich auch hoch ineffektiv. Hierzu gehört leider auch der Aktionsplan Queeres Brandenburg, weshalb dieser eingestellt, die Mittel im Haushalt eingespart und stattdessen für sinnvollere und effektivere Projekte verwendet werden sollten.

Die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau in Deutschland bedarf keiner weiteren Subventionierung, da sie bereits vollständig grundgesetzlich garantiert ist. Es besteht kein Zwang zur Schaffung von absoluter Gleichheit in allen Lebensbereichen. Große Teile der modernen so genannten Gleichstellungspolitik stellen eher eine künstliche Befeuerung von Geschlechterkämpfen dar. So schüren regierungsseitig geförderte Organisationen in diesem Bereich generell Unfrieden im Geschlechterverhältnis der Mehrheitsgesellschaft, da dies politisch instrumentalisiert werden kann. Deshalb müssen auch das so genannte Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm abgeschafft und die frei werdenden Gelder für wichtigere und sinnvollere Projekte, wie z.B. eine effektive Familienförderung, eingesetzt werden. Auch der Großteil der Arbeit des Landesgleichstellungsbeauftragten fällt leider in die beschriebene Kategorie, weshalb die Finanzmittel in sinnvollere Projekte, wie z.B. eine effektive Familienförderung, überführt werden sollten.

Die bundesrepublikanischen Gesamtkosten der Massenmigration wurden vom Institut der deutschen Wirtschaft auf ca. 50 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Dies ist mehr Geld als mehrere Bundesministerien zusammen zur Verfügung haben. Unnötige Kosten sind also dringend zu reduzieren. Immer weitere gesonderte Gelder zur Integration sind den Bürgern nicht mehr vermittelbar. Setzt hier nicht ein Wandel weg von blinder Willkommenskultur hin zu einer klaren Anspruchshaltung im Sinne einer Bringschuld der Integration in unsere

deutsche Leitkultur gegenüber den Migranten ein, werden zukünftige Integrationsprozesse immer schwieriger und letztendlich zum Scheitern verurteilt. Deshalb sind auch die Mittel der Integrationsbeauftragten, die Mittel für die Arbeitsgruppe der deutschen Integrationsämter und andere Mittel für die Subventionierung der Asylindustrie in wichtigere und effektivere Projekte, wie die Familienförderung, zu überführen. Auch die Gelder, welche vorgeblich der Verbesserung der Integrationsbedingungen durch überregionale Projekte dienen, sind aus genannten Gründen komplett einzusparen und in den vorliegenden Titel zu überführen.

Außerdem müssen nicht mehr verhältnismäßige Coronamaßnahmen abgeschafft werden, es ist Zeit für eine Rückkehr zur Normalität. Deshalb können auch deren Kosten eingespart und sinnvoller verwendet werden.

Des Weiteren wird in das Thema Klimawandel bundesweit wohl mehr als genug investiert. Die Annahme von direkten gesundheitlichen Folgen des Klimawandels für Menschen in Deutschland erscheint weit hergeholt. Die möglichen Folgen eines Klimawandels sind hinlänglich bekannt. Hier immer weitere Gelder zu investieren und die Ausgaben sogar noch einmal zu erhöhen, obwohl an anderer Stelle wichtige Finanzmittel fehlen und bei Themen wie der Armutsbekämpfung eingespart wird, ist niemanden vermittelbar. Dies gilt umso mehr dadurch, dass sich Deutschland mit tatkräftiger Unterstützung des Landes Brandenburgs auf einem energiepolitischen Irrweg befindet, der für die großen CO²-Emittierer weltweit keinerlei Überzeugungskraft besitzt. Diese Gelder sind deshalb stattdessen in sinnvollere Projekte zu investieren, die mehr direkten Bezug zum Leben der Menschen im Land Brandenburg besitzen.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan: 07 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 118	Kapitel: 0 7 0 8 0	Titel: 6 8 4 9 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		

Stichwort: TGr. 90 Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm

Ansatz im Entwurf 2022	235.300 €
Änderung (+/-):	+ 30.500 €
Ansatz neu:	265.800 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)
--

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	0 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+ 178.000 €
	2023 bis zu 178.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	178.000 €
	2023 bis zu 178.000 €

Deckung bei: Einzelplan 07				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
38	07 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Weniger in Folge der Einsparvorgaben zum Haushalt 2022.

Begründung:

Die Statistiken belegen einen Anstieg von Gewaltdelikten gegen Frauen und ihre Kinder während der Coronapandemie bzw. der Lockdown-Zeiten. Zudem waren wieder vermehrt Femizide zu verzeichnen. Bereits zuvor konnte das Land Brandenburg die Empfehlungen der Istanbul-Konvention nicht umsetzen, was nun vor dem Hintergrund steigender Gewaltzahlen zwingend notwendig wird. Die Mittel zur Förderung von Hilfsangeboten für von gewaltbetroffene Frauen und Kinder sollte laut Aussage der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz aus diesem Grunde um 400.000 EUR angehoben werden. Hinzu kommt, dass Frauen in der Coronapandemie in besonderer Weise belastet sind, da sie nicht nur häufiger in systemrelevanten Berufen arbeiten, sondern auch mehr Carearbeit zuhause übernehmen.

Dass die Gelder nun im Bereich Frauenförderung und Gewaltbekämpfung gekürzt, statt aufgestockt werden sollen, ist weder nachvollziehbar noch hinnehmbar. Der Beschluss „Frauen in der Coronapandemie jetzt unterstützen und stärken!“ (Drucksache 7/3020-B) ist mit den geplanten Kürzungen keinesfalls umsetzbar.

Für die Absicherung von überjährigen Maßnahmen und Projekten ist die Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen in der Größenordnung von 2021 auch im Jahr 2022 notwendig.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan: 07- Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 119	Kapitel: 0 7 0 8 0	Titel: 6 8 4 9 5
Zweckbestimmung: Zuschüsse an freie Träger für laufende Zwecke		

Stichwort: Schuldnerberatungsstellen im Rahmen der Insolvenzordnung
--

Ansatz im Entwurf 2022	1.580.400	€
Änderung (+/-):	400.000	€
Ansatz neu:	1.980.400	€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)
--

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	400.000 €
insgesamt:				400.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

In Brandenburg hat die Überschuldung privater Haushalte im ersten Halbjahr 2021 deutlich zugenommen. Die Zahl der Privatinsolvenzen stieg um gut ein Viertel (25,7 Prozent) gegenüber dem gleichen Zeitraum 2020, wie aus Zahlen des Amtes für Statistik Berlin- Brandenburg hervorgeht. Ursächlich dafür ist die Corona-Pandemie, die dazu geführt hat, dass viele Firmen ihre Mitarbeitenden in die Kurzarbeit geschickt haben. Dadurch wurden viele private Haushalte stark belastet und gerieten in die Überschuldung. Diesen Anstieg bestätigen die Schuldnerberatungsstellen der Arbeiterwohlfahrt Potsdam (Awo). Daher ist es geboten, die Arbeit der Schuldnerberatungsstellen zu stärken.

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung der derzeit 72 anerkannten Verbraucherinsolvenzberatungsstellen im Land Brandenburg, die jährlich von rund 4.000 Schuldnerinnen und Schuldnern aufgesucht werden. Die hierfür gewährten Fallpauschalen sollen erhöht werden, um sich an die Vergütungssätze der Beratungshilfe nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG), Nr. 2504 bis 2508 des Vergütungsverzeichnisses, anzunähern. Die Bezugnahme auf das RVG ist fachlich begründet, da die berechtigten Personen (u. a. RechtsanwältInnen) und die über diese Haushaltsstelle finanzierten anerkannten Stellen nach § 1 Abs. 1 AG InsO die gleichen Tätigkeiten wahrnehmen. Unter den Ländern mit einer Finanzierung über Fallpauschalen ist das RVG die maßgebliche Berechnungsgrundlage (vgl. Baden-Württemberg).

Die Angleichung der Sätze an die des RVG verursachen einen Haushaltsmehrbedarf im Umfang von ca. 20 Prozent.

Die Verbesserung der Finanzierung der Beratungsstellen leistet auch einen Beitrag zur Armutsbekämpfung. Den überschuldeten oder von Überschuldung bedrohten Ratsuchenden wird über die soziale Verbraucherinsolvenzberatung nachhaltig Hilfe zur Selbsthilfe angeboten, um den Ursachen der Schuldenproblematik entgegen zu wirken und das erneute Eintreten einer Überschuldungssituation zu verhindern. Die verbesserte Finanzierung kann als Maßnahme zur Bekämpfung von Kinderarmut dienen wie es in den Handlungsempfehlungen des Runden Tisches gegen Kinderarmut (Drs. 6/11478) dargestellt ist. Die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Einkommenseinbußen drohen die Situation der Verschuldung im Land Brandenburg noch zu verschärfen. Daher gilt es, nachzusteuern.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

07 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 119	Kapitel: 0 7 0 8 0	Titel: 6 8 4 9 5
Zweckbestimmung: Zuschüsse an freie Träger für laufende Zwecke		

Stichwort: Schuldnerberatungsstellen im Rahmen der Insolvenzordnung

Ansatz im Entwurf 2022	1.580.400 €
Änderung (+/-):	+ 119.600 €
Ansatz neu:	1.700.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
38	07 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	119.600 €
insgesamt:				119.600 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Aufgrund der Corona-Pandemie gab es die Regelung der Insolvenzaussetzung bis 31.01.2021, welche dann noch einmal bis zum 30.04.2021 verlängert wurde.

Es ist davon auszugehen, dass die Fallzahlen ab dem IV. Quartal 2021 steigen werden und im kommenden Jahr auf keinen Fall unter das Niveau von 2019 sinken (Ist 2019: 1,67 Millionen EUR, Ist 2020: 1,63 Millionen EUR).

Um ein den Erfordernissen entsprechendes Beratungsangebot anbieten zu können, ist die adäquate Finanzausstattung zur Deckung der Sach- und Personalkosten der Insolvenzberatungsstellen erforderlich.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan: 07- Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 135	Kapitel: 0 7 1 0 0	Titel: 6 8 4 1 0
Zweckbestimmung: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		

Stichwort:	Förderung der Verbraucheraufklärung
-------------------	-------------------------------------

Ansatz im Entwurf 2022	564.000	€
Änderung (+/-):	+186.000	€
Ansatz neu:	750.000	€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)
--

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	186.000 €
insgesamt:				186.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Corona-Pandemie hat die Art und Weise sowie die Themenschwerpunkte im Verbraucherschutz stark beeinflusst. Persönliche Kontakte wurden auch in diesem Bereich reduziert beziehungsweise weitestgehend eingestellt. Zwar wurde an vielen Stellen versucht, die Ausfälle zu kompensieren, jedoch ist es wichtig, dass die Angebote möglichst schnell und umfangreich an die Bedürfnisse der Bürger:innen angepasst werden auch um Versäumnisse aufzuholen.

Daraus ergibt sich ein besonderer Nachholbedarf im Bereich der Verbraucheraufklärung. Hier werden Brandenburgerinnen und Brandenburgern wichtige Instrumente an die Hand gegeben, um aktiv und vollumfänglich an der Gesellschaft teilhaben zu können. Dazu zählen wichtige Angebote der Bereiche Ernährung, Gemeinschaftsverpflegung, Medienkompetenz für ältere Verbraucher:innen und Migranten:innen, kollektive Rechtsdurchsetzung sowie der Ernährungsrat.

Vor diesem Hintergrund ist notwendig, an der Nachfrage orientierte Mittel für 2022 einzuplanen.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan: 07- Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 135	Kapitel: 0 7 1 0 0	Titel: 6 8 4 1 2
Zweckbestimmung: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen		

Stichwort:	Zuschüsse an die Verbraucherzentrale Brandenburg e.V.
-------------------	---

Ansatz im Entwurf 2022	2.191.900	€
Änderung (+/-):	+250.000	€
Ansatz neu:	2.441.900	€

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)
Finanzierung des institutionell geförderten Anteils der Verbraucherzentrale Brandenburg. Mehrbedarf zur

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	250.000 €
insgesamt:				250.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Finanzierung des institutionell geförderten Anteils der Verbraucherzentrale Brandenburg.
Mehrbedarf wegen der Anbietetung von kostenfreier Energieschuldenberatung.

Begründung:

Die Verbraucherzentrale Brandenburg betreibt evidenzbasierte Verbraucherpolitik und setzt sich aktiv für die Stärkung der Verbraucherrechte ein und geht bei Bedarf auch gerichtlich gegen etwaige Verstöße vor.

Die Sorgen und Nöte der Menschen in Bezug auf Verbraucherschutz waren in den letzten Monaten seit dem Ausbruch der Pandemie von Corona geprägt. Die Verbraucherzentrale Brandenburg half allein im Jahr 2020 rund 56.000 Verbraucher:innen mit persönlicher Beratung und Informationen weiter.

Die Verbraucherzentrale Brandenburg wird im laufenden Jahr institutionell mit 2.341.500 Euro gefördert. Für 2022 hatte das Parlament Ende letzten Jahres eine Verpflichtungsermächtigung über 2.291.900 Euro beschlossen. Es ist also davon auszugehen, dass die VZB auf dieser Basis geplant hat und entsprechende Mittel notwendig sind.

Jedoch sieht der Einzelplan 07 im Entwurf aber nur 2.191.900 Euro vor. Diese – im Vergleich zur Verpflichtungsermächtigung bzw. zur Budgetplanung 2022 der Verbraucherzentrale Brandenburg – um 100.000 Euro niedrigere Zuwendung würde für die VZB als kleine zivilgesellschaftliche Organisation ab kommendem Jahr konkrete personelle Einschränkungen bei Beratungskapazitäten (persönlich, per Telefon bzw. Videochat) oder per Servicetelefon (bislang Mo bis Fr 9–18) bedeuten. Hier müssen die gekürzten 100.000 Euro wieder eingestellt werden.

Die Corona-Pandemie hat das bereits zuvor vorhandene Problem der Energiearmut und auch Energieschulden und fehlenden kostenfreien Beratungsmöglichkeiten noch deutlicher gemacht. Jedes Jahr wird etwa 7.000 Brandenburgerinnen und Brandenburgern der Strom abgestellt. Über 1.000 Menschen sind von Gassperren betroffen. Die Versorgung mit Strom, Wasser und Heizenergie ist jedoch Teil des „menschenwürdigen Existenzminimums“. Das hielt das Bundesverfassungsgericht bereits in seinen Urteilen 2010 und 2014 fest (1 BvL 1/09; 1 BvL 10/12). Daher muss an dieser Stelle das Beratungsangebot ausgebaut werden hin zu einer kostenfreien Energieschuldenberatung wie es in Berlin aber auch in Rheinland-Pfalz bereits etabliert ist. Hierfür werden 150.000 Euro veranschlagt.

Wie dargelegt ist der vorliegende Entwurf nicht zufriedenstellend und muss korrigiert werden – insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Koalition versprochen hat: „Wir stärken die Verbraucherzentralen.“ (vgl. Koalitionsvertrag RZ 4060 ff.).

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

Einzelplan 07

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 136	Kapitel: 0 7 1 0 0	Titel: 6 8 4 1 4
Zweckbestimmung: Förderung von Maßnahmen für Tierheime durch Tierschutzvereine		

Stichwort: Tierschutz ernstnehmen, Versprechungen gegenüber den Tierheimen einhalten

Ansatz im Entwurf 2022	0 €
Änderung (+/-):	+275.000 €
Ansatz neu:	275.0000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
55	07 040	633 60	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	275.000 €
				€
insgesamt:				275.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Die Landesregierung will statt 150.000 € in diesem Titel für „Maßnahmen“ in Tierheimen 130.000 für „Investitionsmaßnahmen“ im Rahmen des Titels 893 14 (S.137) ausgeben. Lediglich 130.000 € für alle märkischen Tierheime sind nicht viel, vor allem angesichts dessen, dass auch diese von den Lockdownmaßnahmen der Regierung finanziell negativ betroffen waren, die Auszahlungsmentalität der Landesregierung bezüglich versprochener Hilfen und die bürokratischen Antragsprozesse hierfür jedoch zu wünschen übrigließen. Versprochen waren in diesem Rahmen eigentlich 550.000 €. Außerdem sind „Maßnahmen“ nicht das gleiche wie „Investitionen“. Unsere Tierheime benötigen jedoch dringend beides. Es dürfen im Vergleich zum letzten Haushalt nicht noch weitere 20.000 € eingespart, sondern die Mittel – über die zwei Titel für Maßnahmen und Investitionen verteilt – mindestens auf die ursprünglich im Rahmen der Coronamaßnahmen versprochenen 550.000 € erhöht werden.

Außerdem müssen nicht mehr verhältnismäßige Coronamaßnahmen abgeschafft werden, es ist Zeit für eine Rückkehr zur Normalität. Deshalb können auch deren Kosten eingespart und sinnvoller verwendet werden.

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

Einzelplan 07**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 137	Kapitel: 0 7 1 0 0	Titel: 8 9 3 1 4
Zweckbestimmung: Förderung von Investitionsmaßnahmen für Tierheime durch Tierschutzvereine		

Stichwort: Tierschutz ernstnehmen, Versprechungen gegenüber den Tierheimen einhalten

Ansatz im Entwurf 2022	130.000 €
Änderung (+/-):	+145.000 €
Ansatz neu:	275.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
55	07 040	633 60	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	145.000 €
				€
insgesamt:				145.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Lediglich 130.000 € für alle märkischen Tierheime sind nicht viel, vor allem angesichts dessen, dass auch diese von den Lockdownmaßnahmen der Regierung finanziell negativ betroffen waren, die Auszahlungsmentalität der Landesregierung bezüglich versprochener Hilfen und die bürokratischen Antragsprozesse hierfür jedoch zu wünschen übrigließen. Versprochen waren in diesem Rahmen eigentlich 550.000 €. Außerdem sind „Maßnahmen“ nicht das gleiche wie „Investitionen“. Unsere Tierheime benötigen jedoch dringend beides. Es dürfen im Vergleich zum letzten Haushalt nicht noch weitere 20.000 € eingespart, sondern die Mittel – über die zwei Titel für Maßnahmen und Investitionen verteilt – mindestens auf die ursprünglich im Rahmen der Coronamaßnahmen versprochenen 550.000 € erhöht werden.

Außerdem müssen nicht mehr verhältnismäßige Coronamaßnahmen abgeschafft werden, es ist Zeit für eine Rückkehr zur Normalität. Deshalb können auch deren Kosten eingespart und sinnvoller verwendet werden.

Stellungnahme Fachausschuss

Stellungnahme

des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022)

- Drucksache 7/4212 -

Einzelplan 07 - Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

in Verbindung damit

Unterrichtung der Landesregierung

Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025

- Drucksache 7/4213

und

Unterrichtung der Landesregierung

Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung

- Drucksache 7/4214 -

Berichterstatter: Abgeordneter Björn Lüttmann (SPD)

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen möge dem Landtag

1. die Annahme des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2022 - Drucksache 7/4212 - Einzelplan 07 - mit den vom Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz beschlossenen Änderungen empfehlen;
2. die Annahme des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2022 - Drucksache 7/4212 - Einzelplan 20 - in der vom Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz beschlossenen Fassung empfehlen;
3. empfehlen, den Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025 - Drucksache 7/4213 - zur Kenntnis zu nehmen und
4. empfehlen, die Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung - Drucksache 7/4214 - zur Kenntnis zu nehmen.

Bericht

A. Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - Drucksache 7/4212 - sowie der Finanzplan des Landes Brandenburg für die Jahre 2021 bis 2025 (Drucksache 7/4213) sowie die Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung (Drucksache 7/4214) - wurden vom Landtag in dessen 51. Sitzung am 29. September 2021 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen - federführend - und an alle Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz befasste sich mit den oben genannten Beratungsgegenständen in seiner 51. Sitzung (Sondersitzung) am 6. Oktober 2021 sowie abschließend in seiner 52. Sitzung am 3. November 2021.

B. Beratung

In der 51. Sitzung (Sondersitzung) am 6. Oktober 2021 stellte das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz ausführlich die Eckpunkte des Entwurfs des Einzelplans 07 - Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz - vor und beantwortete die mündlich gestellten Fragen. Die im Vorfeld schriftlich gestellten Fragen der AfD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE zum Entwurf des Einzelplans 07 wurden vom Ministerium schriftlich beantwortet.

Es wurden folgende 48 schriftliche Änderungsanträge zur abschließenden Beratung eingebracht:

- 11 gemeinsame Änderungsanträge der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
- 1 gemeinsamer Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER,
- 14 Änderungsanträge der AfD-Fraktion,
- 14 Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE,
- 1 gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER sowie
- 7 Änderungsanträge der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER.

Über die Änderungsanträge debattierte und stimmte der Ausschuss in der Reihenfolge der Haushaltsstellen ab. Die Abstimmungsergebnisse lauten wie folgt:

Antragsstellende Fraktion	Kapitel	Titel	Stichwort	Abstimmung
Einzelplan 07				
Kapitel 07 010				
AfD Neudruck	07 010	428 10	Tierschutz ernstnehmen, Landestierschutzbeauftragten entlasten	3 / 11 / 0
DIE LINKE	07 010	684 70	Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger	3 / 11 / 0
KOALITION	07 010	684 70	Integrationsbeauftragte	11 / 3 / 0
KOALITION	07 010	684 80	Beauftragte, Beauftragter der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen	13 / 0 / 0
AfD	07 010	684 80	Keine Sparvorhaben im Bereich der Behindertenfürsorge	3 / 9 / 1
KOALITION	07 010	684 90	Landesbeauftragte für die Gleichstellung von Frauen und Männern (LGBA)	9 / 3 / 1
DIE LINKE	07 010	684 95	TGr. 95 Landesseniorenbeauftragte / Landesseniorenbeauftragter	6 / 7 / 0
KOALITION	07 010	684 95	Landesseniorenbeauftragte, Landesseniorenbeauftragter	14 / 0 / 0
Kapitel 07 020				
KOALITION	07 020	972 10 neu	Deckung der Mehrausgaben bei diversen Titeln im EP 7 (neu)	8 / 6 / 0

Kapitel 07 040				
DIE LINKE	07 040	684 30	Schulgesundheitsfachkraft	3 / 11 / 0
BVB/FW	07 040	684 30	Schulgesundheitsfachkräfte	3 / 11 / 0
BVB/FW	07 040	686 70	Landärzteprogramm	6 / 8 / 0
AfD	07 040	686 70	Andere Verwendung der Gelder zum Thema Landärzteförderung statt Absenkung der Mittel bei zu geringem Bewilligungsbedarf	3 / 10 / 1
BVB/FW	07 040	894 80	Investitionen Klinisches Krebsregister	4 / 8 / 2
AfD	07 040	633 86	Keine Sparvorhaben im Bereich von psychisch Kranken und Suchtkranken	3 / 10 / 1
AfD	07 040	684 86	Keine Sparvorhaben im Bereich von psychisch Kranken und Suchtkranken	3 / 10 / 1
KOALITION	07 040	684 87	Glücksspielsuchtberatung, Onlineglücksspiel	11 / 0 / 3
Kapitel 07 050				
DIE LINKE	07 050	891 60	Förderung der Investitionen von Krankenhäusern sowie gleichgestellten Einrichtungen	2 / 8 / 4
Kapitel 07 070				
DIE LINKE	07 070	684 92	TGr. 92 Behindertenpolitisches Maßnahmenpaket	6 / 8 / 0
AfD	07 070	684 92	Keine Sparvorhaben im Bereich von behinderten Menschen	3 / 10 / 1
KOALITION	07 070	684 92	Behindertenpolitisches Maßnahmenpaket	14 / 0 / 0
BVB/FW	07 070	633 93	Pakt für Pflege I	6 / 8 / 0
BVB/FW	07 070	684 93	Pakt für Pflege II	6 / 8 / 0
DIE LINKE Neudruck	07 070	684 94	Armutsbekämpfung	6 / 8 / 0
AfD	07 070	684 94	Keine Sparvorhaben im Bereich der Armutsbekämpfung	3 / 10 / 1
Kapitel 07 080				
DIE LINKE	07 080	681 10	Kinderwunschbehandlung	5 / 8 / 1

AfD	07 080	681 10	Keine Kürzung der Mittel zur Kinderwunschbehandlung angesichts der niedrigen Geburtenrate	3 / 10 / 1
DIE LINKE	07 080	533 65	TGr. 65 Förderung von Frauen und Familien	5 / 8 / 1
AfD	07 080	533 65	Keine Kürzung der Mittel für den Landesfamilienbeirat angesichts der niedrigen Geburtenrate	3 / 10 / 1
AfD	07 080	541 65	Frauenschutzmaßnahmen - Einsatz für die internationale Ächtung der Leihmutterschaft	3 / 11 / 0
AfD	07 080	681 65	Zukunft für Brandenburg - Baby-Willkommensbox einführen und gesellschaftlichen Fortbestand unterstützen	3 / 11 / 0
DIE LINKE	07 080	684 65	TGr. 65 Förderung von Frauen und Familien	5 / 8 / 1
KOALITION	07 080	684 65	Förderung von Frauen und Familie	13 / 0 / 1
AfD	07 080	686 65	Zukunft für Brandenburg - Traditionelles Familienleben und gesellschaftlichen Fortbestand unterstützen und fördern	3 / 11 / 0
KOALITION / DIE LINKE / BVB/FW Neudruck	07 080	684 80	Aktionsplan Queeres Brandenburg	11 / 3 / 0
DIE LINKE	07 080	684 90	TGr. 90 Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm	2 / 11 / 1
KOALITION	07 080	684 90	Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm	10 / 3 / 1
DIE LINKE Neudruck	07 080	684 95	Schuldnerberatungsstellen im Rahmen der Insolvenzordnung	6 / 8 / 0
BVB/FW	07 080	684 95	Schuldnerberatungsstellen im Rahmen der Insolvenzordnung	3 / 8 / 3
KOALITION	07 080	684 95	Schuldnerberatungsstellen im Rahmen der Insolvenzordnung	13 / 0 / 1
Kapitel 07 100				
DIE LINKE Neudruck	07 100	684 10	Förderung der Verbraucheraufklärung	2 / 11 / 1
DIE LINKE 2. Neudruck	07 100	684 12	Zuschüsse an die Verbraucherzentrale Brandenburg e. V.	5 / 8 / 1

KOALITION	07 100	684 12	Verbraucherschutz	10 / 0 / 4
AfD	07 100	684 14	Tierschutz ernstnehmen, Versprechungen gegenüber den Tierheimen einhalten	3 / 10 / 1
AfD	07 100	893 14	Tierschutz ernstnehmen, Versprechungen gegenüber den Tierheimen einhalten	3 / 10 / 1
Einzelplan 20				
Kapitel 20 030				
DIE LINKE und BVB/FW	20 030	633 11	Migrationssozialarbeit II	3 / 11 / 0
DIE LINKE	20 030	633 14	Integrationsbudget	3 / 11 / 0
BVB/FW Neudruck	20 030	633 14	Integrationsbudget	3 / 11 / 0

Ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu Kapitel 20 030 Titel 633 11 - Migrationssozialarbeit II - wurde vor der Sitzung zurückgezogen. Jeweils ein Änderungsantrag von der Fraktion DIE LINKE und einer der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER zu Kapitel 07 080 Titel 684 80 - Aktionsplan Queeres Brandenburg - wurden zu Beginn der Haushaltsberatung in der Sitzung zurückgezogen.

Zwei Änderungsanträge wurden von mehreren Fraktionen gemeinsam eingebracht: ein Änderungsantrag im Neudruck zu Kapitel 07 080 Titel 684 80 - Aktionsplan Queeres Brandenburg - von den Koalitionsfraktionen, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER und ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER zu Kapitel 20 030 Titel 633 11 - Migrationssozialarbeit II -. Der genannte gemeinsame Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BVB/FREIE WÄHLER wurde mehrheitlich (11 : 3 : 0) angenommen. Den gemeinsamen Änderungsantrag zur Migrationssozialarbeit II lehnte der Ausschuss mehrheitlich ab.

Zu mehreren Haushaltsstellen lagen Änderungsanträge von unterschiedlichen Fraktionen vor, so z. B. zu Kapitel 07 040 Titel 684 30 - Schulgesundheitsfachkräfte - und zu Kapitel 07 040 Titel 686 70 - Landärzteprogramm -. Diese Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen lehnte der Ausschuss mehrheitlich ab.

Generell erhielt die einbringende Fraktion bzw. erhielten die einbringenden Fraktionen eines jeden Änderungsantrages als erstes das Wort und die Möglichkeit, ihren Änderungsantrag zu begründen. Hinsichtlich der Begründung im Einzelnen wird auf die Änderungsanträge (Anlagen 3 und 4) verwiesen. Anschließend konnten die anderen Fraktionen sich zum jeweiligen Änderungsantrag äußern, um zum Beispiel ihr Votum zu begründen. Über Änderungsanträge zur selben Haushaltsstelle beriet der Ausschuss gemeinsam, um sie im Anschluss wie alle Änderungsanträge einzeln abzustimmen.

Sechs Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen wurden einstimmig angenommen, teilweise mit Stimmenthaltungen. Die anderen sechs Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen nahm der Ausschuss mehrheitlich an. Alle Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen wurden mehrheitlich abgelehnt.


Im Ergebnis der abschließenden Beratung beschlossen die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz mehrheitlich (8 : 6 : 0), dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen vorzuschlagen, dem Landtag die Annahme des Entwurfs des Einzelplans 07 mit den vom Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz beschlossenen Änderungen zu empfehlen.

Zudem beschlossen die Ausschussmitglieder mehrheitlich (8 : 6 : 0), dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen vorzuschlagen, dem Landtag die Annahme des Entwurfs des Einzelplans 20 mit der vom Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz beschlossenen Änderung zu empfehlen.

Den Antrag des Vorsitzenden zur Errechnung der zahlenmäßigen Veränderungen und zur Anpassung erforderlicher redaktioneller Änderungen durch das MSGIV und das Ausschusssekretariat nahm der Ausschuss mehrheitlich (8 : 3 : 3) an.

Der Ausschuss beschloss als Nächstes mehrheitlich (8 : 6 : 0), dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen vorzuschlagen, dem Landtag die Kenntnisnahme der Unterrichtung der Landesregierung „Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025“ - Drucksache 7/4213 - zu empfehlen.

Weiterhin beschloss der Ausschuss mehrheitlich (8 : 6 : 0), dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen vorzuschlagen, dem Landtag die Kenntnisnahme der Unterrichtung der Landesregierung „Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung“ - Drucksache 7/4214 - zu empfehlen.



Björn Lüttmann

Berichterstatte r und Vorsitzender des
Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz

Anlagen

- Anlage 1: Gesamtübersicht über die Beschlüsse des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz zum Einzelplan 07
- Anlage 2: Gesamtübersicht über den Beschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz zum Einzelplan 20
- Anlage 3: Änderungsanträge zum Einzelplan 07
- Anlage 4: Änderungsanträge zum Einzelplan 20